Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1189. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 182. **Montag, 7. August 1922, abends.** **75. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 41.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 2.50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 6.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 2.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Herr Gutsbesitzer **Alfred Jentzsch** in Gostewitz ist als **Gemeindeältester für Gostewitz** in Pflicht genommen worden. 1117 E. **Amtshauptmannschaft Großenhain**, am 4. August 1922.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 7. August 1922.

—* **Festgenommener Betrüger.** Am 6. ds. Mts. ist hier ein Betrüger festgenommen worden, der versucht hat, sich bei mehreren Firmen Waren von bedeutendem Werte zu erschwindeln. Da anzunehmen ist, daß er die Betrügereien außer in den hier bekannten Fällen noch bei weiteren Firmen versucht hat, wird gebeten, Angaben hierüber bei der Kriminalabteilung zu machen.

—* **Fahrraddiebstahl.** Gestohlen wurde am 4. ds. Mts., nachm. gegen 3 Uhr aus der Hausflur der Riesaer Bank ein weiteres Damenfahrrad im Werte von 5000 Mk. Beschreibung: Marke Pneumatik, schwarzer Rahmenbau, dergl. Felgen, gerade vernickelte Lenkstange mit schlechten Korkgriffen, dunkelbrauner Sattel und dergl. Satteltasche, neue Gummibereifung, vernickelte Speichen, die teils verrostet sind, Glocke mit der Aufschrift: „Franz und Emil Müller, Merzdorf", schwarzer Kleiderschutz. Am Sattel ist die Feder gebrochen und mit Draht gebunden. Die Bremse an der Lenkstange ist mit einer weißlackierten Schraube verbunden. Von sachdienlichen Wahrnehmungen wolle man bitte in der hiesigen Polizeiwache Mitteilung machen.

—* **Versorgungsbezüge.** Den in Ruhestand befindlichen sächsischen Beamten, Geistlichen (soweit sie im Staatsdienst angestellt waren) und Lehrern, sowie deren Hinterbliebenen sind die ab 1. Juni 1922 erhöhten Versorgungsgebührnisse erstmalig am 1. August 1922 ausgezahlt und hierbei die auf die Monate Juni und Juli entfallenden Mehrbeträge nachgewährt worden. Das gleiche gilt für die Ruhegeldempfänger der vormaligen sächsischen Zoll- und Steuerverwaltung. Hinsichtlich der Ruhegeldempfänger der vormaligen sächsischen Eisenbahnverwaltung wird die Neuregelung Mitte dieses Monats durchgeführt sein. Für die Zeit vom 1. Juli und 1. August 1922 an tritt je eine anderweite Erhöhung der Versorgungsgebührnisse ein. Die Neuberechnungsarbeiten werden derartig beschleunigt werden, daß die von dem bezeichneten Tage an erhöhten Bezüge (einschließlich der auf die Monate Juli und August 1922 entfallenden Mehrbeträge) voraussichtlich am 1. September 1922 erstmalig werden gezahlt werden können.

—* **Gegen die Ueberhandnahme zweckloser Anfragen.** In immer größerem Umfange wenden sich Wohnungsuchende und solche Personen, die Differenzen mit ihren Wohnungs- und Mieteinigungsämtern haben, brieflich mit vielerlei Bitten an den Ministerpräsidenten oder andere unzuständige Stellen der Zentralverwaltung. Die Erledigung von Wohnungsangelegenheiten ist Sache der kommunalen Behörden. Berechtigte Beschwerden oder Rechtsmittel gegen Verfügungen und Entscheidungen dieser Behörden werden zweckmäßigerweise bei der Dienststelle eingereicht, von der die Verfügung oder Entscheidung ausgegangen ist. Diese Dienststelle hat die Verpflichtung, die Eingaben der zuständigen Behörde weiterzuleiten, wenn sie nicht selbst Abhilfe schafft. Anfragen in solchen Angelegenheiten, Stellengesuche usw. an den Ministerpräsidenten oder andere unzuständige Stellen der Zentralverwaltung zu richten, ist völlig zwecklos. Solche Anfragen werden nicht beantwortet und an den Absender nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

—* **Die Arbeitszeit der angestellten Apotheker.** In den sozialen Schutzgesetzen, die die Arbeitszeit der Angestellten regelten, kehrte stets die Wendung wieder: „mit Ausnahme der Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken". (Ladenschluß, Sonntagsruhe.) Auch die Verordnung vom 18. März 1919 über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten ließ die angestellten Apotheker unberücksichtigt. Vor wenigen Wochen ist dem Reichswirtschaftsrat ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Arbeitszeit der Angestellten neu regeln soll. Auch in diesem Entwurf werden die Gehilfen und Lehrlinge in den Apotheken wieder unberücksichtigt gelassen. In der Begründung wird ausgeführt, daß „die Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken zur Zeit fast völlig auf tarifliche Vereinbarung angewiesen sind". Diese ständige Benachteiligung der angestellten Apotheker beruht offenbar auf der Meinung, daß die Verhältnisse in diesem Berufe (Nachtbereitschaft) der gesetzlichen Regelung zu große Schwierigkeiten bereiten, sie ist aber wohl besonders darauf zurückzuführen, daß den angestellten Apothekern der Schutz einer Berufsvertretung gefehlt hat, wie sie die Gruppen der übrigen Angestellten seit langem genießen. Der Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften (Spitzenorganisation der Angestellten im Deutschen Gewerkschaftsbund, christlich und national) hatte schon vor einiger Zeit dem Reichsarbeitsminister Abänderungsvorschläge zu seinem Gesetzentwurf zugehen lassen und darin aufgefordert, daß Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken in das Gesetz einbezogen werden sollen. In der Begründung wurde ausgeführt, daß gerade die besonderen Arbeitsverhältnisse dieser Gruppe eine gesetzliche Regelung erfordern. Das Reichsarbeitsministerium hat der Anregung nicht entsprochen, wie der Gesetzentwurf zeigt, der dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt worden ist. Dem Reichsarbeitsministerium erschienen „die Verhältnisse für eine endgültige Regelung noch nicht genügend geklärt". In einer neuen Eingabe an den Reichswirtschaftsrat hat der Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften deshalb wieder gefordert, daß der Schutz des Gesetzes auf die angestellten Apotheker erstreckt werde. Da sich die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes sowohl im Reichswirtschaftsrat als auch im Reichstage für diese Forderung einsetzen werden, steht zu erwarten, daß sie auch in das Gesetz aufgenommen werden wird.

—* **Das sächsische Handwerk lehnt die gesetzliche Einführung von Ferien für Lehrlinge ab!** Im sächsischen Arbeitsministerium werden gegenwärtig Vorschläge erwogen für die körperliche Ertüchtigung der Jugend, insbesondere soweit sie in einem gewerblichen Lehrverhältnis steht. Namentlich ist die Frage der Einführung von Ferien für Lehrlinge aufgeworfen worden — Ferien entsprechend denen der Schüler und Schülerinnen der sog. höheren Lehranstalten. Die Vertretungen des Handwerks, der sächsischen Gewerbekammern und der Landesausschuß des sächsischen Handwerks haben zu dieser Frage Stellung genommen. Beide Vertretungen kamen in ihrem Endergebnis zu einem ablehnenden Urteil der schematischen Einführung von Ferien für Handwerkslehrlinge und begründen diesen Standpunkt wie folgt: Zunächst ist die Lehrzeit durch die Einführung des achtstündigen Arbeitstages schon gewaltig gekürzt worden, so daß sich immer mehr Bestrebungen zu einer allgemeinen Verlängerung der Lehrzeit auf vier Jahre bemerkbar machen und diese bereits verschiedentlich eingeführt worden ist. Hinzu kommt, daß die Fortbildungs- und Fachschulzeit zum großen Teil in die Arbeitszeit hineinfällt, woraus sich eine weitere Verkürzung der praktischen Werkstattlehre ergibt. Schon aus diesen angeführten Tatsachen ergibt sich praktisch eine derartige Verkürzung der Lehrzeit, die es den Meistern und Lehrherren fast unmöglich macht, die ihnen obliegende gründliche Ausbildung der Lehrlinge in der gesetzlichen Lehrzeit mit Erfolg durchzuführen. Werden nun noch für alle Jugendlichen gesetzliche Ferien in dem vom sächsischen Arbeitsministerium beabsichtigten Umfange eingeführt, so werden dadurch die praktischen Ausbildungsmöglichkeiten noch bedeutend weiter geschmälert, was sich wiederum später in der Güte der Arbeitszeugnisse geltend machen und letzten Endes zu einer Gefährdung der auf der ordnungsmäßigen Ausbildung unserer Facharbeiter beruhenden Ueberlegenheit der deutschen Produktion führen muß. Die ungünstigen Folgen einer unverhältnismäßigen Einschränkung der Lehrzeit werden sich um so verhängnisvoller für die Lehrlinge selbst, als auch für die gesamte Wirtschaft auswirken, als es gilt, die Lehrlinge fortdauernd mit allen Neuerungen auf technisch-handwerklichem Gebiete auf dem Laufenden zu halten. — Des weiteren stößt die Einführung längerer Ferien infolge der Natur des handwerklichen Produktionsprozesses auf größte Schwierigkeiten, wie überhaupt die Einführung einer längeren Ferienzeit mit einer geordneten Handwerkslehre und den hier bestehenden Betriebsverhältnissen nicht in Einklang zu bringen ist. Schließlich dürfte sich unter derartigen Bedingungen und übertriebenen Forderungen kein Lehrherr mehr bereit erklären, noch die Last der Lehrlingsausbildung auf sich zu nehmen, und steht dies in erster Linie bei den Lehrmeistern zu befürchten, die es bisher mit der Erziehungs- und Ausbildungspflicht der Lehrlinge besonders genau genommen haben. — Ganz besonders ist weiterhin die Frage aufzuwerfen, ob irgend eine Gewähr dafür gegeben werden kann, daß die Ferienzeit auch wirklich zur körperlichen Erholung verwendet wird. Andererseits wird endlich leicht der Fall eintreten, daß die Lehrlinge und Jugendlichen in der Ferienzeit Heimarbeit oder sonstige gewerbliche Nebenarbeiten übernehmen. — Die Gewährung von Ferien muß den Betrieben und Innungen selbst überlassen bleiben, die im Einvernehmen mit der Gewerbekammer und Berufsverbänden Zeit und Dauer der Ferien am besten bemessen und festsetzen können.

—* **Die Großhandelsindexziffer** des Statistischen Reichsamts ist im Durchschnitt Juli 1922 auf 9957 gestiegen und zeigt damit eine beinahe 100fache Verteuerung der Großhandelspreise an. Gegenüber dem Juni 1922, wo die Großhandelsindexziffer auf 7030 stand, ist somit eine Preissteigerung von 41,6 v. H. eingetreten, gegenüber dem Juli des Vorjahres um 598,7 v. H., d. h. auf das Siebenfache. Diese starke Erhöhung geht unmittelbar von der Valutaentwicklung aus, wobei allerdings das Ansteigen des Dollarkurses von 317,44 Mark im Durchschnitt Juni auf 493,22 im Durchschnitt Juli, d. h. um 55,4 v. H. noch nicht zur vollen Auswirkung gelangt ist. Der Index der Einfuhrwaren stieg von 9479 auf 13 854, d. h. um 46,2 v. H., der Index der Inlandwaren von 6540 auf 9168, d. h. um 40,2 v. H. Im einzelnen stiegen die Gruppenindexziffern: 1. Getreide und Kartoffeln von 6052 auf 9332, 2. Fette, Zucker, Fleisch und Fisch von 6613 auf 8013, 3. Kolonialwaren und Tabak von 9254 auf 13 076, Lebensmittel zusammen von 6405 auf 9287. Dagegen 4. Häute und Leder von 8011 auf 12 667, 5. Textilien von 11 851 auf 17 002, 6. Metalle und Petroleum von 7029 auf 10 832, 7. Kohlen und Eisen von 7469 auf 9646, Industriestoffe zusammen von 8197 auf 11 211.

—* **Das Flaggen der Post am 11. August.** Ueber das Flaggen am 11. August, dem Verfassungstage, ist vom Reichspostminister bestimmt worden, daß an diesem Tage alle Post- und Telegraphendienstgebäude in den Reichsfarben zu beflaggen sind. Soweit Reichspostflaggen oder Nationalflaggen schwarzrotgold nicht vorhanden sind, oder von den Fabriken nicht rechtzeitig geliefert werden können, sollen Fahnen von Behörden, Vereinen oder Privatleuten entliehen oder gegen Entgelt gemietet werden. Wenn auch das nicht möglich ist, sollen Behelfsfahnen schwarzrotgold hergerichtet und am 11. August verwendet werden.

—* **Neue Reichsbanknoten zu 500 Mark.** In der nächsten Zeit werden neue Reichsbanknoten zu 500 Mark ausgegeben werden. Sie sind 90 mal 174 Millimeter groß und in einseitigem Druck auf Faserpapier mit Wasserzeichen hergestellt. Vom 1. Januar 1923 ab kann diese Banknote aufgerufen und unter Umtausch gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel eingezogen werden. Daneben wird eine zweite Ausgabe mit dem Ausfrustage 1. April 1923 hergestellt. Rechts und links neben den Unterschriften stehen die Kontrollstempel mit dem Reichsadler und der Umschrift „Reichsbankdirektorium * 500 *". Links quer steht dreizeilig der Strafsatz, rechts quer die farbige Nummer; sie ist rot bei der ersten, grün bei der zweiten Ausgabe. Das Papier enthält rechts dunkelrote Fasern auf himmelblau getöntem Grunde. Die Rückseite ist frei von Druck und Fasern. Hält man die Note gegen das Licht, so erscheint auf der linken Seite ein gut ausgeprägtes, von oben nach unten verlaufendes Wasserzeichen, das sich aus zwei seilartig verschlungenen Bändern zusammensetzt. Von diesen trägt das eine mit dunkler Randbegrenzung die helle Wertzahl „500 M *", das andere, umgekehrt mit heller Randbegrenzung, die dunkle Inschrift „500 M *". Bei der Durchsicht ist die Eigenart des Faserpapiers gut zu erkennen, auch werden diejenigen Fasern deutlich sichtbar, die infolge tieferer Einbettung in die Papiermasse sonst nicht wahrzunehmen sind.

—* **Nachschulungslehrgang für Wohlfahrtspflegerinnen.** Das Ministerium des Innern — Landesamt für Wohlfahrtspflege — veranstaltet im kommenden Winter am Sozialpädagogischen Frauenseminar der Stadt Leipzig einen Nachschulungslehrgang für Wohlfahrtspflegerinnen zur Erlangung der staatlichen Anerkennung. Der Lehrgang beginnt am Dienstag, den 24. Oktober, und schließt Ende Februar mit einer Prüfung. Zur Teilnahme werden zugelassen Persönlichkeiten, die seit mindestens drei Jahren in der Wohlfahrtsarbeit stehen und außerdem eine pflegerische, pädagogische oder wirtschaftliche Prüfung abgelegt haben. Gesuche um Aufnahme — gerichtet an das Ministerium des Innern — sind möglichst bald bei der Leitung des Sozialpädagogischen Frauenseminars, Leipzig, Königstr. 18, einzureichen. Dem Gesuche sind beizufügen: ein ausführlicher Lebenslauf, ein bezirksärztliches Gesundheitszeugnis, das letzte Schulzeugnis, Zeugnisse über die fachliche Vorbildung, Zeugnisse über die praktische Arbeit. Das Schulgeld beträgt 600 Mark für den Lehrgang. Es wird versucht werden, für die Teilnehmerinnen eine möglichst billige Unterkunft und Verpflegung zu beschaffen.

—* **Invalidenrentner und Teuerung.** Die sächsische Invalidenrentnervereinigung in Chemnitz hat in einer Eingabe an den Reichstag die Bitte ausgesprochen, angesichts der fortgeschrittenen Teuerung eine Erhöhung der Bezüge der Sozialrentner eintreten zu lassen.

—* **Die Sterblichkeit im Jahre 1921.** Die große Not, vor allem auf dem Lebensmittelmarkt, die infolge der Absperrung vom Weltmarkt während des Krieges eingetreten war, hatte die Sterblichkeit des deutschen Volkes stark vermehrt. Vor allem wurde die Sterblichkeit der Alten und Schwächlichen durch die Kriegsnot sehr beschleunigt. Daher kam es, daß in der Nachkriegszeit die Sterblichkeit keinen übermäßig großen Umfang annahm. Das Jahr 1921, über das nunmehr die endgültigen Sterbeziffern in „Wirtschaft und Statistik" gebracht werden, hatte einen weiteren starken Rückgang der Sterbefälle mit sich gebracht. Auch gegenüber dem Frieden ist ein Rückgang eingetreten, denn während im Jahre 1913 auf je 1000 Einwohner des Deutschen Reiches 15,8 Sterbefälle kamen, kommen 1921 auf die gleiche Zahl nur 14,8 Sterbefälle. Die hierdurch angezeigte durchschnittliche Sterblichkeit ist die geringste, die überhaupt je im Deutschen Reich beobachtet worden ist. Von den vier Vierteljahren von 1921 weisen das zweite und dritte Vierteljahr eine noch geringere Sterblichkeit auf, während das erste und letzte Vierteljahr höhere Sterblichkeit haben. Im vierten Vierteljahr hat jedenfalls die im Dezember epidemisch auftretende Grippe die Zahl erhöht. Von den deutschen Ländern weisen, wie gewöhnlich, Ober- und Niederschlesien verhältnismäßig hohe Sterbeziffern auf, auch Bayern zählt unter je 1000 Einwohnern mehr als 18 Sterbefälle. Von den übrigen Ländern erreicht keines diese hohe Zahl. Die geringste Sterblichkeit haben Oldenburg und Schleswig-Holstein. Ziemlich gering ist die Sterbeziffer auch in Berlin, was dem Umstande zuzuschreiben ist, daß dort ein besonders großer Teil der Einwohner im Alter von 20—40 Jahren steht.

—* **Willkürliche Steuerfestsetzung.** Vom Hansa-Bund wird uns geschrieben: Von vielen Seiten gehen dem Hansa-Bund jetzt wieder Klagen zu, daß die Finanzämter auch bei der Einkommensteuerveranlagung für 1921 in ganz willkürlicher Weise von den Angaben des Steuerpflichtigen abweichen, d. h. das angegebene Einkommen wesentlich höher schätzen. In den meisten Fällen haben dabei die Finanzämter sich noch nicht einmal um den § 205, Abs. 4 der Reichsabgabenordnung gekümmert, wonach, wenn von der abgegebenen Steuererklärung in wesentlichen Punkten abgewichen werden soll, der Steuerpflichtige zur vorherigen Aeußerung aufgefordert werden soll. Das Vorgehen der Finanzämter entsteht wohl aus dem Bestreben, die Einkommensteuerveranlagung so schnell als möglich zu beenden, um endlich an die Aufarbeitung der vielen Rückstände herangehen zu können. Das Verhältnis, das dadurch aber zwischen Steuerbehörde und Publikum entsteht, ist auf die Dauer nicht erträglich. Wenn selbst eingereichte Buchführungsunterlagen beiseite geschoben werden, ohne daß das Finanzamt sich bemüht, deren Unrichtigkeit im einzelnen nachzuweisen, wozu es doch schließlich verpflichtet wäre, so besteht für den Steuerpflichtigen überhaupt kein Recht mehr. Nach § 210 der Reichsabgabenordnung haben die Finanzämter nur zu schätzen, wenn der Steuerpflichtige die für die Besteuerung notwendigen Angaben nicht zu erläutern ver-

mag oder er überhaupt keine Steuererklärung abgibt. In diesem Falle aber haben sie „alle Umstände zu berücksichtigen, die für die Schätzung von Bedeutung sind". Der Hansa-Bund empfiehlt allen Gewerbetreibenden, die auf Grund einwandfreier kaufmännischer Buchführung ihre Angaben gemacht haben, vom Finanzamt aber unter Nichtbeachtung dieser Angaben höher eingeschätzt sind, in einem sofortigen Einspruch vom Finanzamt den Beweis für die Unrichtigkeit der beigebrachten Unterlagen zu verlangen. Dieser Beweis muß vom Finanzamt nach der übereinstimmenden Auffassung hervorragender Steuersachverständiger nicht nur allgemein, sondern mit einer speziellen Bezeichnung derjenigen Posten geführt werden, die nach Ansicht des Finanzamtes für die Besteuerung aus rechtlichen Gründen nicht als maßgebend erachtet werden können.

—* **Skorbut in Deutschland.** Der Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung schreibt uns: Es mehren sich, sogar jetzt im Sommer, die Nachrichten über Skorbut oder skorbutähnliche Erscheinungen in einem Maße, daß die Reichsregierung sich zu eingehenden Erwägungen veranlaßt gesehen hat, um einem Fortschreiten dieses Uebels entgegenzutreten. Der Skorbut ist den heutigen Aerzten nur noch dem Namen nach bekannt. Dank der Steigerung der Erzeugung von Nahrungsmitteln, ihrem raschen Austausch über die ganze Erde, der Verbesserung ihrer Aufbewahrungs- und Frischerhaltungsmöglichkeiten war es gelungen, diese Krankheit aus den kultivierten Ländern so gut wie vollkommen zu entfernen. Es muß angenommen werden, daß in unsere Kost sich schwere Mängel eingeschlichen haben, wenn jetzt der Skorbut in Deutschland wieder erscheint. Einen Mangel hat man erblickt in dem Rückgang des Genusses von frischen Gemüsen, Obst und namentlich Kartoffeln. Die Preise der Lebensmittel sind derart in die Höhe gegangen, daß die Bevölkerung sich den Luxus solcher weniger nahrhafter oder im Verhältnis zum Genußwert sehr teurer Lebensmittel versagt. Die Zusammensetzung der heutigen Kost ist zu einseitig. Es fehlt an den Ergänzungsstoffen (Vitaminen), die, wenn sie auch nur in winzigen Mengen in der Kost vertreten sind, doch eine Reihe von schweren Störungen, darunter auch den Skorbut, hintanzuhalten im Stande sind. Soll dieser sich nicht weiter ausbreiten, dann muß zunächst der Sommer und Herbst ausgenützt werden, um Reservekräfte an diesen Vitaminen dem Körper zuzuführen. Das geschieht durch Genuß von frischen grünen Gemüsen, auch Wildgemüsen, Salaten, Obst, besonders den säuerlichen Arten (Aepfeln, Pflaumen, Preißelbeeren usw.) Für den Winter müssen wir im Genuß von Kartoffeln, Rettichen, Meerrettig, Rüben, Brunnenkresse, Tomaten, in Kühlhallen oder, wo die Hausfrauen darin bewandert sind, auch im kühlen Keller im Sand frisch erhaltene Gemüse, schließlich auch in Sauerkraut, sauren Gurken, Zitronen, Schutz gegen die Einseitigkeit der Kost suchen. Auch saure Milch oder frischer Quark sind gegen Skorbut ein empfehlenswertes Vorbeugungs- und gleichzeitig Nahrungsmittel. Von Seiten der Aerzte wird es einer Umstellung insofern bedürfen, als man beim Auftreten von Zuständen, die bei dem Fernliegen des Gedankens an Skorbut als Rheumatismus, Blutarmut, Ueberarbeitung, Unterernährung, nervöser Erschöpfung anzusehen Neigung bestehen wird, sich zu vergewissern suchen wird, ob vorhandene allgemeine Schwäche, Gliederschmerzen, fahles Aussehen, starke Gedrücktheit der Stimmung, sich nicht auf jenes Leiden zurückführen lassen. Ein wichtiger Anhaltspunkt sind die charakteristische Rötung und Schwellung des Zahnfleisches, die zu Blutungen und Geschwüren führen kann. Zahnärzte werden der Beobachtung solcher Veränderungen auf die Möglichkeit einer Skorbuterkrankung hinweisen. Vor allem wird freilich für eine genügende Versorgung mit Gemüse, Obst und namentlich dem volkstümlichsten Nährgemüse, den Kartoffeln, Vorkehrung zu treffen sein. Hier kann sich der Einzelne nicht mehr helfen. Hier beginnt die Aufgabe der Regierung. Möge es gelingen, alle Schwierigkeiten zu überwinden.

—* **Der Ankauf von Gold** für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 7. bis 13. d. Mts. zum Preise von M. 2500.— für ein Zwanzigmarkstück, 1250. M. für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 7. bis 13. d. Mts. bis auf weiteres zum 60fachen Betrage des Nennwertes.

Strehla. Die hiesige Kirchgemeindevertretung hat beschlossen, in Zukunft bei öffentlichen kirchlichen Trauungen von jeder der Feier beiwohnenden Person 3 Mark Eintritt zu erheben. Jedem Brautpaar sollen für sich und die nächsten Angehörigen bei Anmeldung der Trauung jedoch 10 Stück Freikarten ausgehändigt werden. Diese Maßnahme war erforderlich, um auch hier zur Besserung der Kassenverhältnisse, welche durch das beschnittene Steuerrecht der Kirchgemeinden fast überall erschöpft sind, beizutragen.

* **Großenhain.** Auf dem Wochenmarkte am Sonnabend stellten sich die Preise für das Pfund wie folgt: Aepfel 5—7 M., Preiselbeeren 20 M., Birnen 5—7 M., Bohnen, grüne, 6—7 M., Butter, Stück 55 M., Eier, Stück 7 M., Rotbarsch o. K. 20 M., Schellfisch o. K. 21 M., Seelachs o. K. 19 M., Gurken, grüne, hiesige, 12—15 M., Karotten, junge, Bäckchen 1,50—2,00 M., Kartoffeln, neue, 3,50—4,00 M., Blumenkohl, hiesiger, Kopf 3—12 M., Kohlrabi, junger, Kopf 1,00—2,50 M., Rotkraut, hiesiges, 8 M., Weißkraut, hiesiges, 4 M., Welschkraut 5 M., Möhren 2,50—3,00 M., Steinpilze 20 M., Salat, hiesiger, Staude 1,00—1,50, Zwiebeln 8—10 M.

g. **Coswig.** Festgenommen wurde hier ein Zigeuner, der in Weinböhla ein Pferd gestohlen, und zwei aus Schlesien stammende Leute, die einem Kaufmann, der sich auf der Fahrt von Saarbrücken nach Dresden befand, den Koffer gestohlen hatten. Der Wert des Koffers mitsamt Inhalt betrug angeblich gegen 70000 M. Der Zigeuner hatte bei seiner Verhaftung eine Schußwaffe, einen Dolch und ferner auch einen Totschläger im Besitz. Alle drei Uebeltäter wurden dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt.

—g. **Dresden.** Der Berliner Raubmörder Blume wurde am Sonnabend nachmittag im Krankenhaus Friedrichstadt vom Dresdner Untersuchungsrichter und von den beiden Berliner Kriminalkommissaren Gennat und Tegtmeier eingehend vernommen. Der Zustand des Verbrechers ist offenbar doch ernsterer und bedenklicher Art, als anfänglich angenommen worden ist, sodaß die Aerzte mit der Möglichkeit rechnen, daß Blume nicht wieder hergestellt und demnach nicht zur Verantwortung gezogen werden kann. Wie bereits kurz geschildert, war Blume von dem Dresdner Polizeioberwachtmeister Bräcklein gestellt und aufgefordert worden, seine Ausweispapiere vorzuzeigen. Dieser Aufforderung kam jedoch der gemeingefährliche Verbrecher nicht nach, sondern es entspann sich augenblicklich ein verzweifelter Kampf um Leben oder Tod. In dessen Verlauf zog Blume einen Revolver und verletzte den Polizeibeamten durch drei Schüsse, dieser vermochte den Verbrecher während der Schießerei derart fest an der Kehle zu fassen, daß er die Besinnung verlor, und in diesem Zustande die Treppe hinab geschleudert werden konnte. Blume war dann mit einer Kopfverletzung aufgehoben und nach dem Krankenhause in Dresden-Friedrichstadt überführt worden. Durch eine inzwischen vorgenommene Röntgenuntersuchung wurde festgestellt, daß Blume bei dem Treppensturz auch eine Verletzung der Wirbelsäule erlitten hat. Diese anderweiten Untersuchungen und deren Ergebnis waren der Grund, weshalb sich am Sonnabend nochmals am Krankenbette eine weitere Vernehmung erforderlich machte. — Pionierübungen wurden in den letzten Tagen mehrfach gegenüber der Dampfschiffhaltestelle in Vorstadt Cotta abgehalten, dort ist auch für derartige Uebungszwecke ein besonderer Platz abgegrenzt worden. Das frühere Dresdner Pionierbataillon besaß bekanntlich einen großen Wasserübungsplatz im Großen Ostragehege, die dortigen Baulichkeiten sind inzwischen für Notwohnungen hergerichtet worden. — Gute Beute machten unbekannte Taschendiebe, die einem von Bremen nach Dresden reisenden Kaufmann die Brieftasche stahlen, in der sich unter anderem auch 700 Dollar befanden. Letztere ergaben umgerechnet nach dem heutigen Kursstande einen Betrag von einer halben Million Mark, der damit den Eisenbahndieben in die Hände gefallen ist.

Kamenz. Einen bewegten Verlauf nahm der Wochenmarkt am Donnerstag. Unter Führung des Stadtverordneten Engert wurden von einer Anzahl Personen des Arbeiterstandes die den Wochenmarkt besuchenden Bauernfrauen gezwungen, die von ihnen zum Verkauf gestellte Butter und Eier zu Preisen abzugeben, die sich wesentlich unter den geforderten bewegten. So mußten die Frauen das Stückchen Butter zu 40 M., die Eier zu 4 M. das Stück verkaufen. Wo sich die Landfrauen weigerten, dem Verlangen zu entsprechen, wurden Butter und Eier von den kontrollierenden Personen kurzerhand beschlagnahmt und von diesen selbst zu den genannten Preisen verkauft. Diese Vorgänge dauerten mehrere Stunden und riefen unter den besonders zahlreich auf dem Wochenmarkte erschienenen Landleuten große Aufregung hervor. Später suchten die Arbeiter mehrere Geschäfte auf und stellten Erkundigungen über Preise der dort zum Verkauf gestellten Lebensmittel an. — Das „Kamenzer Tageblatt" bemerkt dazu: Wenn das Vorgehen der Arbeiter auf dem Wochenmarkte auch keineswegs gebilligt werden kann und wahrscheinlich nicht ohne Nachspiel bleiben wird, so darf anderseits doch nicht verkannt werden, daß es berechtigten Unwillen erregen mußte, wenn — wie es teilweise der Fall gewesen sein soll — für ein Stückchen Butter bis zu 70 M. und für ein Ei bis zu 8 M. verlangt wurden.

Penzig (O.-L.). Durch ein Schadenfeuer eingeäschert wurden Stallungen und Scheune des Gutsbesitzers Höen samt den darin befindlichen Vorräten an 14 Fuhren frisch eingefahrenem Getreide, sowie an Maschinen und Gerätschaften. Das Feuer ist dadurch entstanden, daß ein einfahrender Erntewagen die Drähte der elektrischen Leitung berührte und so Kurzschluß herbeiführte.

Crimmitschau. Die Stadtverordneten haben die Errichtung eines Stadtbades beschlossen. Die Gesamtkosten für das zu erwerbende Grundstück und für Errichtung des Stadtbades sollen sich auf 4½ bis 5 Millionen belaufen. Hiervon sollen 2½ Millionen Mark durch freiwillige Beiträge aus der Einwohnerschaft aufgebracht werden, während die Restsumme durch eine städtische Anleihe gedeckt werden soll.

Aue. Ein älteres Schulmädchen setzte sich beim Pilzesuchen im Lauterer Forstrevier auf einen gefällten Baum, um zu schaukeln. Dieser kam dabei ins Rollen und riß das Kind mit sich fort, wobei es so unglücklich unter den Stamm zu liegen kam, daß es erstickte, bevor ihm Hilfe gebracht werden konnte.

Hohenstein-E. Erstaunliche Leistungen im Rattenfange erbrachte ein Foxterrier des auf der Logenstraße wohnenden Strumpfwirkers Speck. Beim Abbruch eines Schweinestalles stellte man den Hund auf Posten, der so gut und schnell arbeitete, daß er innerhalb einer Stunde 26 Ratten gefangen und getötet hatte. Eine der flüchtenden Ratten hatte sich in den nackten Fuß des dort stehenden Schulknaben Speck verbissen. Als dieser einen Schmerzensschrei ausstieß, sprang der Hund blitzartig hinzu und befreite den Knaben auch von dieser Ratte.

Auerbach. Der Gemeinderat hat die Einführung der kostenlosen Totenbestattung in Aussicht genommen.

Oelsnitz i. V. Vom Blitz erschlagen wurde der 11 Jahre alte Sohn des Gutsbesitzers Schmidt aus Sachsgrün. Der Junge hütete mit einer Magd das Vieh seines Vaters. Das Mädchen wurde durch den Luftdruck des Blitzes ein Stück fortgeschleudert, blieb aber, wie auch das auf der Weide befindliche Vieh, unbeschädigt.

Plauen i. V. Im Laden eines Milchhändlers an der Rähnisstraße wurden am Freitag zwei 13 Jahre alte Schulknaben, die beim Ausplündern der Ladenkasse waren, vom Ladeninhaber ertappt und alsbald der Polizei übergeben. Die hoffnungsvollen Früchtchen hatten bereits 375 M. in ihren Besitz gebracht.

Leipzig. Die Mieteinigungsamtsbeisitzer des Leipziger Mieterschutzvereins haben Einspruch gegen die Ausführungsbestimmungen des Stadtrates zur Mieterordnung erhoben, weil darin gesagt wird, daß das Einziehen von Gummischeiben an Wasserleitungshähnen, Aufwendungen für Instandhaltung der Aschekästen, der Schalter der Sicherungen und Steckkontakte bei elektrischen Lichtleitungen in der Wohnung, für Schnuren und Bänder an den Jalousien, ferner für Anstrich von Fußböden und der Innenseite der Fenster, für Tapezieren oder Streichen und Weißen der Mieträume, als Nebenleistungen bezeichnet werden und die Kosten dafür von den einzelnen Mietern selbst zu tragen seien.

• • •

Schleiz. Unsere Wälder zeigen dieses Jahr einen Pilzreichtum, wie ihn sich die ältesten Leute nicht erinnern können. Zentnerweise werden vor allem Steinpilze aus der hiesigen Gegend nach Plauen auf den Markt gebracht.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Das Arbeitszeitgesetz der Eisenbahn. Die maßgebenden Spitzenverbände haben der vom Reichsverkehrsminister geplanten Regelung der Arbeitszeit des Eisenbahnbetriebs- und Verkehrspersonals zugestimmt. Der Reichsverkehrsminister hat am Sonnabend die Dienstdauervorschriften erlassen.

Hartgeld. — Am Jahrestage der Verfassung soll das deutsche Volk wieder Hartgeld zu sehen bekommen. Auf diese Finanzmaßnahme bezieht sich eine Anfrage des Abg. Dr. Helfferich an die Reichsregierung: „Das Reichsfinanzministerium beabsichtigt auf Grund des Gesetzes vom 26. Mai 1922 über die Ausprägung von Ersatzmünzen im Nennbetrag von 1, 2, 3 und 5 Mark die Herstellung von Münzen aus Aluminium und Kupfer. Ist es richtig, daß der Materialwert und die Herstellungskosten dieser Münzstücke sich heute schon höher stellt, als ihr Nennwert? Ist es ferner richtig, daß die Gesamtkosten für die zunächst in Aussicht genommenen Ausprägungen sich auf mehr als 1400 Millionen M. stellen, während dem Reichsfinanzministerium technisch gleichwertige Vorschläge vorliegen, die für die gleiche Münzmenge Kosten in Höhe von nur etwa 620 Millionen M. erfordern würden? Aus welchen Gründen sind diese letzteren Vorschläge, die eine Ersparnis von fast 800 Millionen M. ermöglichen würden, vom Reichsfinanzministerium abgelehnt worden?"

Zur Festnahme der Scheidemann-Attentäter. Zur Festnahme der beiden Urheber des Anschlages auf Scheidemann in Klein-Althammer bei Gleiwitz wird ergänzend mitgeteilt: Die fortgesetzten Ermittelungen der Kasseler Staatsanwaltschaft hatten den Verdacht auf zwei auswärtige junge Leute gelenkt, die sich zur Zeit der Tat beschäftigungslos in Kassel aufhielten und nach der Tat verschwunden waren. Die eingehenden Feststellungen über ihr Verhalten in Kassel verstärkten den Verdacht schließlich in solchem Maße, daß die Staatsanwaltschaft unter dem 22. Juli Haftbefehl und Steckbrief gegen beide erwirken konnte. Es handelt sich um den 22jährigen Kaufmann Hans Hustert aus Elberfeld, der der Täterschaft verdächtig ist, und um den der Teilnahme verdächtigen 29jährigen Landwirt Karl Oeßlschläger aus Reichenbach. Die sofortige Ueberführung der beiden Verhafteten nach Kassel ist in die Wege geleitet worden.

Der Dollarkurs. Der Dollar notierte am Sonnabend vormittag an der Berliner Börse mit 728. Die Prager Krone stand 1785.

Verein für das Deutschtum im Ausland. Den Höhepunkt der Kulmbacher Tagung des Vereins für das Deutschtum im Ausland bildete die Hauptversammlung der Mitglieder im Vereinshaus. Der Geschäftsbericht klang in folgenden flammenden Appell an das gesamte deutsche Volk aus: „Die vom 3. bis 6. August in Kulmbach-Bayern zur 41. Hauptversammlung des Vereins für das Deutschtum im Ausland versammelten Vertreter der 360 000 Mitglieder rufen das deutsche Volk zur Hilfe für die Kultureinrichtungen der deutschen Minderheiten im Auslande auf. Der Vorstoß der chauvinistischen Elemente in den verschiedenen Ländern richtet sich mit ungeheurer Wucht gegen die deutschen Schulen, Vereine, Büchereien und Zeitungen, die an erster Stelle dazu berufen sind, die heimische Sprache und Kultur zu erhalten und zu pflegen. Tausende von deutschen Schulklassen sind im Laufe der letzten Jahre unter völliger Mißachtung der Bestimmungen über den Minderheitenschutz den Deutschen im Ausland, besonders in den neuen Staaten des europäischen Ostens, entzogen worden. Weitere Hunderte von deutschen Schulen sind in ständiger Gefahr. 80 Millionen Deutscher jenseits der Reichsgrenzen ringen um ihr Volkstum, um die Erhaltung ihrer kulturellen Güter; 30 Millionen Deutscher jenseits der Reichsgrenzen sind aber auch bereit, durch opferwillige Pioniertätigkeit dem Ansehen des friedlichen deutschen Volkes und seinem Recht auf einen Wiederaufstieg erneut Geltung zu verschaffen. Deutsche im Reich, Angehörige aller Stände, Industrielle, Handwerker, Kaufleute, Beamte, Angestellte, Arbeiter und Bauern! Erkennt die Bedeutung des Auslandsdeutschtums für die eigene Zukunft! Helft, daß der Verein für das Deutschtum im Ausland, der unpolitisch, von allen Parteien und Konfessionen unabhängig, Vermittler zwischen Auslandsdeutschtum und Heimat ist, dessen demokratische Verfassung allen die Mitarbeit und das Mitbestimmungsrecht ermöglicht, zu dem großen Volksverein wird, der den Deutschen allüberall auf dem Boden der Kulturgemeinschaft zu Taten der Gegenseitigkeit Hilfe bringt. Nur direkte Anteilnahme der Heimat kann das Auslandsdeutschtum, den starken Brückenpfeiler deutscher Kultur und Wirtschaft vor Zerfall und Vernichtung bewahren." Studienrat Puchtler berichtete über die Organisation des Volksvereins. Sodann erstattete Ministerialdirektor Treut-Bromberg Bericht über die Jugendarbeit des Vereins, Gymnasiallehrer Riechert-Schneidemühl über die Tätigkeit des westpreußischen Schulvereins, Geheimrat Professor Dr. Kühlmann-Breslau über das Deutschtum in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Ein deutscher Abend im Vereinshaus und die Aufführung des Schauspiels „Kolberg" von Paul Heyse im Saalbau Wittelsbach beendeten die Tagung. Am Sonntag fand ein deutscher Volkstag statt, an welchem sich die Bevölkerung von Kulmbach und Umgebung sehr stark beteiligte. Vormittags fanden in den beiden Kirchen Bittpredigten statt. Daran schloß sich die Festversammlung in der Turnhalle, die durch Exzellenz von Dirksen mit einer Begrüßungsansprache eröffnet wurde. Der Bürgermeister von Kulmbach sowie Vertreter der Reichsregierung und der bayrischen Landesregierung richteten an den Verein Worte der Anerkennung für seine segensreiche, umfassende Tätigkeit im Auslande und den Grenzlanden. Am Nachmittag strömten die Festteilnehmer nach dem Turnplatz am Fuße der Plassenburg, wo Vertreter des Grenzlanddeutschtums, der Schriftsteller Franz Olawna aus Preßburg und der deutsche Abgeordnete im Prager Parlament Kallina aus Karlsbad, Festreden hielten, die mit jubelndem Beifall von der zahlreichen Zuhörerschaft aufgenommen wurden. Ein Festzug durch die Stadt schloß sich an. Damit hatte die Tagung, die die Bedeutung des Vereins für das Deutschtum im Auslande in volle Erscheinung treten ließ, ihren offiziellen Abschluß gefunden.

Republik Oesterreich.

Immer höher hinauf! Die Kohlenpreise erfuhren eine Erhöhung um 116 Prozent. Ab 15. August tritt eine Erhöhung der Telegrammgebühren ein. Die Mindestgebühr eines Telegramms beträgt 2000 Kr., bei Pressetelegrammen für jedes Wort 100 Kr. Der Notenumlauf dürfte eine Steigerung von 90 Milliarden aufweisen.

Ungarn.

Wiedereinführung des Kartensystems. Im Zusammenhang mit der durch den Sturz der ungarischen Krone bewirkten bedeutenden Verteuerung aller Lebensmittel und industriellen Erzeugnisse hat der Magistrat die Wiedereinführung des Kartensystems für Zucker, Salz und Kohle beschlossen.

Tschechoslowakei.

Demonstration gegen Benesch. Anläßlich der Anwesenheit des Ministerpräsidenten Benesch in der Handelskammer in Eger kam es vor dem Gebäude zu einer Demonstration gegen ihn. Ein Demonstrant wurde verhaftet.

Türkei.

Von der Tschataldscha-Front. Havas meldet aus Konstantinopel: Es wurde folgender amtlicher Bericht veröffentlicht: Um die Wiederkehr von Grenzzwischenfällen zu vermeiden, hat der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte den General Mombelli beauftragt, sich in Begleitung eines englischen und eines französischen Generalstabsoffiziers am 8. d. Mts. an die Grenze zu begeben, um mit General Wlachopulos, dem Befehlshaber des vierten griechischen Armeekorps, über die Zurücknahme der alliierten und der griechischen Truppen auf eine gewisse Entfernung zu beraten, damit ein bewaffneter Zusammenstoß vermieden wird.

Rußland.

Im Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre schilderte der Anklagevertreter **Krylenko** ausführlich die Tätigkeit der Sozialrevolutionäre in den nördlichen Randstaaten und im Kaukasus, wo die Sozialrevolutionäre mit einer Gruppe, die den Namen „Volksbund zur Befreiung Südost-Rußlands" trug, einen Block gebildet hätten, um einen allgemeinen Aufstand im Kaukasus zu organisieren. Nach den Reden der Ankläger gelangten die Hauptangeklagten zu Worte. Der Angeklagte der ersten Gruppe **Timotejew** begann seine Verteidigungsrede mit der kategorischen Erklärung, daß die Angeklagten nicht geneigt seien, ihre Tat zu bereuen, oder auf ihre Absichten zu verzichten. Von Ihrem Standpunkt aus, erklärte er dem Gerichte gegenüber, sind wir Verbrecher, die keine Reue zeigen und dieselben Handlungen wieder begehen wollen. Timotejew meinte, daß die Beziehungen der Partei der Sozialrevolutionäre zu ausländischen Mächten keinen Verrat bedeutet hätten und nicht mit jenen Personen unterhalten worden seien, von denen die Anklage spricht. Was das Verhältnis zu den Okkupationstruppen anbelangt, hätten die Ententeregierungen gewünscht, aus diesen Truppen erobernde Truppen zu machen, während die Sozialrevolutionäre die Okkupation nur zur Stärkung ihrer eigenen Situation ausnützen wollten. Die Sozialrevolutionäre hätten weder in Moskau noch in Kiew von der Entente Geld genommen, auch habe die Partei der Sozialrevolutionäre mit der Entente kein Uebereinkommen über einen gemeinsamen Kampf gegen die Sowjetfront getroffen. Die Ostfront sei gegen die Deutschen gerichtet gewesen und sollte

der Sowjetregierung die Möglichkeit nehmen, die jenseits der Wolga befindlichen deutschen Kriegsgefangenen nach Deutschland zurückzuschicken. Die Sozialrevolutionäre seien nach Beendigung des Krieges energische Gegner der Interventionspolitik geworden. Solange sie damit gerechnet hätten, daß es ihnen gelingen werde, ihre eigene Macht zu festigen, hätten sie gegen die Anerkennung der Sowjetregierung durch das Ausland gekämpft. Als aber die Sowjetmacht zu einer allrussischen Macht geworden sei, hätten sich die Sozialrevolutionäre nicht nur für eine de facto-, sondern auch für eine de jure-Anerkennung der Sowjetregierung ausgesprochen.

Frankreich.

Artillerietransporte. Nach Meldungen einer Nachrichtenagentur aus Grenoble würden seit zwei Tagen zahlreiche Artillerietruppen mit Material und Pionierabteilungen mit Booten auf dem dortigen Bahnhof mit unbekanntem Bestimmungsort verladen.

England.

Lloyd George über die diplomatische Geschichte des Weltkrieges. Nach einer Londoner Meldung der Berliner „Montagspost" bestätigt der politische Mitarbeiter der „Sunday Times", daß Lloyd George im Begriffe ist, ein Buch über die diplomatische Geschichte des Weltkrieges zu schreiben. Man glaubt, daß die Veröffentlichung bereits im Frühjahr 1923 erfolgen werde.

Japan.

Die Verhandlungen mit Sowjetrußland. Reuter meldet aus Tokio: Die japanische Regierung bemüht sich, die sowjet-russische Regierung zu überreden, Sibirien in gleicher Weise für alle Personen zu öffnen, wobei die Verwaltung des Landes Rußland überlassen bleiben soll. Zu diesem Zweck sind Verhandlungen mit der Republik des Fernen Ostens eröffnet worden. Japan ist darauf aus, die Handelsbeziehungen mit Rußland wieder aufzunehmen. Wahrscheinlich werden die Japaner und Russen in Charbin zusammentreffen. Die Räumung Sibiriens durch die Japaner wird erfolgen, gleichviel, ob ein Abkommen geschlossen wird oder nicht.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 7. August 1922.

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

)(**Frankfurt a. M.** Der internationale Bergarbeiterkongreß wurde heute mit einer Begrüßungsfeier, verbunden mit einer Erinnerungsfeier an den verstorbenen Abgeordneten Hues und einem wirkungsvollen Protest gegen den Versailler Vertrag eröffnet. Der Reichstagsabgeordnete Osterroth hieß als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums die ausländischen Gäste willkommen. Er wies in einer Ansprache auf die mißliche Lage Deutschlands hin. Der Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Abgeordneter Husemann, sprach den streikenden amerikanischen Bergarbeitern seine Sympathien aus und wünschte, daß der Kongreß einen Markstein bilden werde auf dem Wege zum Siege der Arbeiter und der Internationale. Sodann ergriff der Engländer Frank Hodges das Wort und stellte als sorgfältig abgewogene Meinung der britischen Arbeiterbewegung fest, daß der Versailler Vertrag von Grund auf geändert werden müsse, nicht, wie es jetzt geschehe, stückweise und langsam, sondern in kürzester Frist und in radikaler Weise, weil sonst jede Hoffnung auf den nationalen und internationalen Aufbau schwinden müsse.

Die ungarische Devisenzentrale.

)(**Budapest.** (Ungar. Korr.-Büro.) Nach den Mitteilungen des Finanzministers beginnt die Devisenzentrale ihre Tätigkeit Ende nächster Woche. Fremde Valuta darf nur durch Mitglieder der Devisenzentrale beschafft werden. Das Verfügungsrecht in ausländischen Guthaben über 200000 Kronen monatlich darf nur mit Zustimmung des staatlichen Noteninstituts ausgeübt werden. Bei Auslandsreisen dürfen Zahlungsmittel bis zu 100000 Kronen, davon die Hälfte ungarisches Geld, mitgenommen werden. Valutaansprüche für den Import werden von der Devisenzentrale begutachtet. Die Bewegungsfreiheit des Auslandsverkehrs, besonders des Exportes, soll gesichert bleiben, da bloß eine Verhinderung der Spekulation beabsichtigt ist.

Ein Moratorium auf 2 Jahre.

)(**London.** Der politische Mitarbeiter der „Westminster Gazette" schreibt: Wie ich höre, hat man auf britischer Seite ein Moratorium für zwei Jahre zu verlangen vorgeschlagen. In der Zwischenzeit müßten Naturallieferungen in unvermindertem Umfange stattfinden.

Die Londoner Verhandlungen.

)(**London.** „Observer" schreibt in einem Leitartikel zu den am heutigen Montag beginnenden Verhandlungen u. a.: Frankreich wird sich bei den Verhandlungen sehr hartnäckig zeigen. Poincaré hat sich mit einer Waffe versehen, mit der er sich gut auskennt. Er hat auf die Balfour-Note mit einem Ultimatum geantwortet, dessen rechtliche Zulässigkeit in diesem Augenblick zweifelhaft ist. Es ist bedauerlich, daß die Erörterungen auf das Niveau des „Kuhhandels" gebracht worden sind, aber daran trägt der Starrsinn Poincarés die Schuld. Er weiß, das „Sanktionen" den Marksturz nicht wiederherstellen, sondern gründlich zerstören werden und damit auch die Reparationen in der in Aussicht genommenen Form. Nach vier Jahren weiß England noch nicht, und Frankreich weiß es vielleicht auch noch nicht, ob die französische Politik die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete oder den Ruin Deutschlands anstrebt.

Lloyd George hat auf jeden Fall den festen Entschluß kundgegeben, sich jedem derartigen Plane zu widersetzen. Der erste Beweis für eine ehrliche Reparationspolitik wäre die Annahme eines Moratoriums sowohl für die Reparationen als auch für die Vorkriegsschulden. Wenn das am Montag erreicht werden sollte, würde die Konferenz bereits mehr Ertrag einbringen als alle früheren Reparationskonferenzen. Eine Festsetzung der gesamten Reparationssumme wird aber vielleicht noch nicht zu erreichen sein. Alsdann wird aber auch die Frage der interalliierten Schulden akut.

In diesem Zusammenhang bildet die Balfournote nur scheinbar ein Hindernis, in Wirklichkeit ist sie vielmehr eine Festsetzung der Grenzen, bis zu denen Großbritannien gehen kann, und ein Hinweis darauf, daß die britischen Ansprüche an Frankreich nicht ohne Gegenleistung aufgegeben werden können. Die britische Regierung ist wohl sicher bereit, ein großes Opfer zu bringen, für eine solide endgültige Regelung der Reparationsfrage und für den Verzicht auf „Sanktionen", aber es würde noch immer besser sein, sie überhaupt fallen zu lassen, statt sich mit weniger zu begnügen. Die Balfournote versperrt jeden Weg außer den einer endgültigen Regelung. Wenn die Türe geschlossen ist, hat Poincaré den Schlüssel dazu. Aber durch ein Ultimatum wird sie nicht geöffnet.

Eine Erklärung Japans.

)(**Paris.** Nach einer Havasmeldung aus Tokio werden die Gerüchte über Verhandlungen zwischen Japan und China einerseits und Sowjetrußland andererseits dementiert. Japan stehe etwaigen Verhandlungen zwischen China und Rußland völlig fern.

Vermischtes.

Unwetter in Süddeutschland. Ein schweres Hagelwetter ging über einzelne Teile Württembergs und Badens nieder. In den Oberämtern Leutkirch und Wangen wurde bedeutender Schaden angerichtet. In manchen Orten wurden die Feldfrüchte vollkommen vernichtet. In wenigen Minuten war die ganze Flur in eine Winterlandschaft verwandelt; das Obst wurde nahezu vollständig von den Bäumen herabgeschlagen. Der Gesamtschaden an verlorenen Feldfrüchten geht in die Millionen.

Große Diebstähle von Telephondraht. Die „Montagspost" erfährt aus Wien, daß im Laufe der letzten Wochen in der Budapest—Wiener Telephonleitung infolge wiederholter Drahtdiebstähle Störungen eintraten. Am Sonnabend früh wurden zwei verdächtige Männer verhaftet, die 32 Kilogramm Kupferdraht trugen. Der Schaden beträgt eine halbe Million ungarischer Kronen.

Internationaler Scheckschwindler verhaftet. Laut Berliner Morgenblättern wurde am Sonntag der Führer einer internationalen Scheckschwindlerbande, die in allen europäischen Großstädten Millionen erbeutete, ein gewisser Goldschmidt, der am 1. Juli dieses Jahres aus dem Berliner Untersuchungsgefängnis entwichen war, von neuem festgenommen.

Schweres Eisenbahnunglück in Amerika. Aus St. Louis wird gemeldet: Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Schnellzug und einem Personenzug bei Sulphur Springs wurden 35—40 Personen getötet und 60 verletzt. Viele Personen erlitten durch den aus der Schnellzugslokomotive ausströmenden Dampf so schwere Brühwunden, daß sie daran starben.

Die Wirkung der roten Dienstmütze. Wie gewöhnlich erschien Dienstag abend nach 10 Uhr ein Eisenbahnbeamter mit roter Dienstmütze auf dem Bahnhof Landwehr und nahm die Tageskasse in Höhe von 167 200 Mark in Empfang, die allabendlich auf dem Dienstwege abgeholt wird. Als später noch ein weiterer Beamter erschien, stellte sich heraus, daß der erste Beamte ein Schwindler gewesen ist.

Ein dreizehnjähriger Schulknabe als Brandstifter. Von der Strafkammer in Halberstadt erhielt der 13jährige Schuljunge Erich Haarbach eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, weil er in seinen Ferien, die er im Dorfe Hohden verbrachte, eine Gutsscheune in Brand gesteckt hatte. Er erklärte vor Gericht, er hätte schrecklich gern mal ein richtiges Feuer sehen wollen.

Turnen, Sport und Spiel.

Schlagball. Das gestrige Schlagballspiel zwischen Tv. Riesa und Tv. Zeithain brachte der jungen Zeithainer Mannschaft den Sieg mit 67:46 Punkten.

Die deutsche Fußballmeisterschaft. Vor 60000 Zuschauern fand am Sonntag in Leipzig der Schlußkampf um die deutsche Fußballmeisterschaft zwischen 1. F. C. Nürnberg und Hamburger Sportverein statt. Wie die „L. N. N." berichten, ging nach Spielverlängerung der Hamburger Sportverein beim Stande 1:1 als Sieger hervor. Am Schlusse seines Berichtes über den Spielverlauf schreibt das genannte Blatt: Der Ausgang des Spieles kann kaum als rühmlich bezeichnet werden. Nürnberg, die an Technik und Taktik zweifellos bessere Mannschaft, verlor im wesentlichen durch eigene Schuld: die Spielweise einzelner Leute, die sich im Wettkampf zu groben Regelverstößen hinreißen ließen.

Spielvereinigung. Der Pokalmeister der 1. Jugendklasse im Kreis Riesa, spielte anläßlich des Sportfestes des Sportvereins in Gröditz und konnte die dortige Elf mit 8:0 schlagen. Am 13. August findet das Spiel um den Pokalmeister im Gau Nordsachsen statt.

Schwimmsport. Am Sonntag, den 6. August, veranstaltete der im vorigen Jahr vom Schwimm-Club „Otter" von 1908, Riesa gegründete Schwimmverein Oschatz sein erstes Schau-Wettschwimmen in Oschatz. Es beteiligten sich die Schwimmvereine Lommatzsch, Oschatz und Schwimm-Club „Otter" von 1908, Riesa. Letztgenannter Verein stand sportlich so auf der Höhe, daß er 18 Preise, darunter 9 erste, mit nach Hause trug, die sich folgend verteilen: Herrenlagenstaffel 4×50 Meter 1. Preis, Damenlagenstaffel 4×50 Meter 1. Preis, Jugendlagenstaffel 4×50 Meter 1. Preis, Knabenschwimmen 50 Meter beliebig Gerhard Männel 3. Preis, Damenschwimmen 50 Meter beliebig Erna König 2. Preis, Knabenspringen Gerhard Männel 2. Preis, Jugendspringen Heinz Hänelt 1. Preis, Kurt Uhlig 2. Preis, Herrenspringen Walter Senkel 2. Preis, Jugendschwimmen 50 Meter Brust Karl Ritter 2. Preis, 50 Meter Seite Alfred Große 1. Preis, 50 Meter Rücken Kurt Uhlig 1. Preis, 50 Meter Hand über Hand Walter Geilhufe 1. Preis, Juniorschwimmen 50 Meter Brust Ernst Hottewitzsch 2. Preis, 50 Meter Seite Richard Heinzius 1. Preis, 50 Meter Rücken Fritz Radisch 1. Preis, Zeittauchen Rudolf Weber 2. Preis, Kurt Reinwardt 4. Preis. Mit Stolz kann der Schwimm-Club „Otter" von 1908, Riesa auf diesen Tag zurückblicken. Aber bald wird die schöne Zeit vorüber sein, wo die Schwimmer ihrem gesunden Sport huldigen konnten. Dann wird sich wieder das Fehlen eines Hallenbades recht fühlbar machen. Rw.

Der Start zum Gordon-Bennet Wettfliegen fand, wie aus Genf gemeldet wird, am Sonntag nachmittag vor einer gewaltigen Zuschauermenge statt. Die Ballone stiegen von 4.30 Uhr an auf. Der von Valle (Italien) geführte Trionphale 9 wies einen Riß in der Hülle auf. Der Ballon ist somit benachteiligt.

Das 1. Jugendtreffen der D.T. in Weimar. In Weimar rückten am Freitag und Sonnabend die Jungmannen der D.T. ein. In der Kampfrichtersitzung am Freitagabend, wobei alle deutschen Turnkreise vertreten waren, wies der Kreisvertreter auf die Bedeutung des 1. Jugendtreffens hin. Das Turnen und Spielen stand am Sonnabend im Vordergrunde. Von früh 7 Uhr ab fanden die Mannschaftsvierkämpfe und die Staffelläufe statt. Der Nachmittag brachte Sondervorführungen der Leipziger Musterschule auf der Wiese zwischen Schloß und ehemaligem Reithaus. Am Spätnachmittag wurden noch verschiedene andere turnerische Vorführungen geboten. Die offizielle Begrüßungsfeier durch die Stadtvertretung und den Ausschuß der D.T. fand am Abend auf dem Marktplatz statt, wobei der Bürgermeister von Weimar und der Vorsitzende der D.T. zündende Ansprachen hielten. Gleichzeitig brachten Eilbotenläufe von der Wartburg, vom Kyffhäuser, von Freyburg und von der Leuchtenburg sinnige Grüße, die verlesen wurden. Besonders wirksam war der Abzug der einzelnen Gruppen mit Sang und Klang. Der Sonntag-Morgen vereinigte die Jugendlichen zur Morgenfeier in der Herderkirche, verbunden mit Wimpelweihe. Nach einer Huldigung am Goethe-Schillerdenkmal unter gemeinsamem Gesange und Ansprachen Jugendlicher bewegte sich der Festzug nach Belvedere. Eine Eingangsfeier mit verschiedenen Reden Jugendlicher und Alter eröffnete das zunächst ernste, im Laufe der Stunden sich aber immer heiterer gestaltende Festtreiben, dem die Jugendlichen durch allerhand Spiele, Wettkämpfe, Preisfingen usw. den rechten Inhalt gaben. Gegen Abend erfolgte gemeinsamer Rückmarsch und eine besondere Schlußfeier brachte den offiziellen Ausklang des 1. recht wohlgelungenen Jugendtreffens der D.T.

Hauptausschuß der DT. Der 1. Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft Prof. Dr. Berger (Aschersleben) eröffnete am 3. August die Verhandlungen in Freyburg a. d. U. Der Jahresbericht ging auch auf die Differenzen mit den Sportverbänden ein. Auf die von Kassel aus gesandte Bitte an die drei Sportverbände, über Abänderung der bestehenden Verträge zu verhandeln, sei eine Antwort so spät eingegangen, daß die Verträge hätten gekündigt werden müssen. Ausführlich ging der Jahresbericht auf die Deutschen Kampfspiele ein. Danach hat die Deutsche Turnerschaft mit Erfolg an den Deutschen Kampfspielen 1922 im Berliner Stadion teilgenommen. Immerhin ist die Befriedigung nicht so groß, daß man sich schon heute für eine Teilnahme an den Deutschen Kampfspielen ausspricht.

Seewärts.

Von Hermann Krüger-Westend.

Der Hamburger Hafen.

Navigare necesse est! In Hamburg kennt man den tiefen Inhalt dieses Wortes. Der Hamburger liebt seine Schiffahrt. Er weiß, was das Wiedererstarken der deutschen Handelsflotte für Deutschland zu bedeuten hat. Die imposanten Hafenanlagen bilden das Herz der gewaltigen Handelsmetropole, die heute in einem geographischen Gefängnis steckt und sich nach freier Entwicklung sehnt. Dieser Hamburger Hafen, den Gustav Schmoller schon vor mehreren Jahrzehnten als das günstigste und entwicklungsfähigste Ein- und Ausfalltor des kontinentalen Welthandels bezeichnet hat, ist von eminenter Bedeutung für Deutschlands Zukunft. Gewiß sind großzügiger Kaufmannsgeist und wagemutige Tatkraft nicht ausschließlich hamburgische Privilegien. Aber am seeschiffbaren Strom der Unterelbe spürt man den Pulsschlag der Welt doch unmittelbar als sonstwo im Binnenlande. Was Hamburg für Hafen und Schiffahrt nach dem Kriege schon wieder geleistet hat, verdient die höchste Bewunderung. Die gesteigerte Anteilnahme an allen Schiffahrtsereignissen kennzeichnet unsere Hanseaten. Jeder Schulbube in Hamburg weiß über die Schiffsbewegungen auf dem Weltmeere Bescheid, kennt die vielen Dampfer, die den Elbstrom ein- und ausfahren, ihre Flaggen und ihre Besitzer. Jedes neue Schiff wird mit Jubel begrüßt und jeder Stapellauf ist ein Festtag. Kein Wunder, daß Abfahrt und Ankunft unserer großen Ozeandampfer für ganz Groß-Hamburg heute mehr als jemals Ereignisse sind, die gewaltigen Menschenmassen auf die Beine bringen. Viele stille Wünsche und sehnsüchtige Hoffnungen begleiten die Schiffe in ferne Länder. . .

Einschiffung.

Die Abfahrt ist auf 1 Uhr festgesetzt. Mit seiner wuchtigen Majestät beherrscht „Cap Polonio" die St. Pauli-Landungsbrücken. Die Sonne gießt ihren Goldglanz über den Schiffskoloß. Die grünen Uferanhöhen sind dicht mit Menschen bepflanzt. Ueberall frohe Gesichter. Buntes Gewoge in den Zufahrtsstraßen. Tut-tut-tut! Autos rasen heran. Sie bringen viele Sennoras und Caballeros und mächtige Gepäckstücke. Eiliges Hin und Her des Schiffspersonals und der Abfertigungsbeamten. Außerordentlich ist das Aufgebot der Sipoleute. Die Zollbehörde übt scharfe Kontrolle. Man hat ein wachsames Auge für Verschiebungen — und kann sie doch nicht völlig unterbinden. Mehrfache hochnotpeinliche Kontrollstellen sind zu passieren, ehe man den Laufsteg erreicht, der in das Innere des schwimmenden Hotels führt. Hier herrscht reges Leben. Von den breiten Straßen des herrlichen Promenadendecks schweift der Blick über Hafen und Stadt. Von der Reeling sucht das Fernglas unter den Menschenmassen liebe Gesichter. „Da ist er, ich seh' ihn!" Tücherschwenken, Freudenrufe, Blumengrüße in verschwenderischer Fülle werden an Bord gebracht. Vermittels Sprachrohr werden noch einige Gespräche gewechselt mit den tief unten auf den Landungsbrücken Zurückgebliebenen. Gepäckträger schleppen schweißtriefend kostbare Lasten herbei und zählen schmunzelnd die Pesetas. Natürlich ist auch der unvermeidliche Kurbelmann zur Stelle. Immer neue Passagiere in eleganten Reisekostümen. „Ich kann den Blick nicht von Euch wenden. . ." Aber der übrige Inhalt des Freiligrath'schen Auswanderergedichtes stimmt gewiß nicht auf diese Menschen, die die Reise nach Südamerika antreten. Die Zeit rückt rasch vor. Trompetensignale schmettern durchs Schiff. Letzter Abschied. Die Trossen werden gelöst. Die Verbindung mit den Landungsbrücken wird eingezogen, muß aber für Nachzügler einigemal wieder hergestellt werden. Noch einmal den Blick zum steinernen Bismarck und dem stolzen Michel gewendet. Dann endlich brüllt die dumpfe Schiffspfeife ihre Abschiedsgrüße. Langsam löst sich der Schiffsleib von den St. Pauli-Landungsbrücken. Durch die geöffneten Sperren drängt der Strom der Menschen. Die Blechmusik der Stewards spielt die alten Abschiedslieder: „Wem Gott will rechte Gunst erweisen" — „Muß ich denn, muß ich denn zum Städtelein hinaus". Das Abschiedwinken will kein Ende nehmen. Beim Köhlbrand verlassen uns die Schlepper — „Cap Polonio" fährt mit eigener Schraubenkraft stolz und majestätisch unter dem Jubel der Menge die Elbe hinab, Barkassen umschwimmen den schwimmenden Koloß. Aber sie müssen das Wettrennen bald aufgeben. Hamburgs prächtige Silhouette versinkt im Silberschimmer der Hafenluft.

An Bord.

Man merkt überhaupt nicht, daß man sich auf einem fahrenden Schiff befindet. An den palastartigen Fenstern des großen Speisesaales zieht der reizvolle Uferfilm vorüber. Blankenese, du entzückendes Idyll an der Elbe! Bei üppigem Mahl und dezenter Streichmusik genießt das internationale Publikum die ersten Freudenstunden auf Deutschlands größtem Schiff. Dann Fünfuhr-Tee unter den breitfächerigen Palmen des Wintergartens. Walzerklänge erfüllen berauschend den entzückenden Raum. Viele schöne Andalusierinnen fesseln das Auge. Man fühlt sich wirklich behaglich in dieser Welt, die ihre Lebensfreude aus der urwüchsigen Atmosphäre der aufsteigenden La Plata-Staaten schöpft. Nur mit höchster Achtung spricht die lateinamerikanische Zunge von Deutschland. Manch Dampfer qualmt an uns vorbei. Meist ausländische Flaggen. Wir zeigen mit berechtigtem Stolz die deutschen Farben am Heck. Tage braucht man, um alle Einrichtungen des Schiffes kennen zu lernen. Auch in der 3. Klasse braucht der Reisende auf gewohnte Kulturbedürfnisse keineswegs zu verzichten.

Kunst und Wissenschaft.

Vom Backtrog zum hohen C. Ein Bäckerjunge, der ein berühmter Tenor geworden ist, erntete in diesen Tagen in seiner Vaterstadt Verona künstlerische Triumphe. Noch vor wenigen Jahren war Zenatello Bäckerjunge im Geschäft seines Vaters, und als er mit fröhlichem Gesang das Brot austrug, erregte seine prachtvolle Stimme die Aufmerksamkeit eines Kenners, der ihn zum Tenor ausbilden ließ. Zunächst bekam er den Unterricht bei einem Gesanglehrer in Verona, und dieser bildete ihn als Bariton aus. Durch einen Zufall aber entdeckte er seine Tenorstimme. Er war als Chorsänger bei einer Neapler Operngesellschaft engagiert, als der Tenor, der den Canio in Leoncavallos „Bajazzo" singen sollte, krank wurde. Zenatello trat an seine Stelle und erregte durch seine prachtvolle Stimme großes Aufsehen. Jetzt ist er ein berühmter Sänger geworden, auf den man die größten Hoffnungen setzt, und es war ein wahres Volksfest, als der große Tenor vor seinen Landsleuten, die ihn zum großen Teil noch als Bäckerjungen gekannt hatten, in der antiken Arena sang. Fast 23 000 Personen wohnten der Vorstellung des „Lohengrin" bei, in der er die Hauptrolle darstellte.

SLUB
Wir führen Wissen.

die voraussichtlich 1926 in Köln am Rhein stattfinden sollen. Die Mitgliederzahl der DT. ist auf 1 661 784 gestiegen. Von diesen sind 306 289 14 Jahre und darunter und 1 296 667 über 14 Jahre. Mit dem Auslande seien wieder Beziehungen angeknüpft, unter anderem waren deutsche Turner kürzlich in St. Gallen in der Schweiz und haben dort dank der Unterstützung der deutschen Kolonie gut abgeschnitten. Ueber die Vorbereitungen des Deutschen Turnfestes in München 1923 sprach Kunath (Bremen). Er habe mit den Münchner Turnern eingehend verhandelt. Das Fest solle vom 14. bis 18. Juli stattfinden. Der genaue Turnplan stehe zurzeit noch nicht fest. Der Abend des ersten Tages brachte die Enthüllung des Gedenksteins der Gefallenen der Deutschen Turnerschaft.

In den Freitagverhandlungen war der Hauptgegenstand der Erörterungen die Frage: Turnen und Sport. Hierzu lagen zwei Anträge vor: a) die Gründung eines Deutschen Fußballbundes und b) unter Umständen auch die Gründung eines Berufsspielerbundes. Nach langer Aussprache wurde schließlich in der Sonnabendsitzung der Antrag des Kreises Sachsen, mit den Sportverbänden nie wieder in Verhandlungen einzutreten, abgelehnt und die Bereitwilligkeit zu weiteren Verhandlungen beschlossen, jedoch mit dem Zusatz, wenn die Sportverbände an die Turnerschaft herantreten. (!) Der Vorstand wurde unter Hinzuziehung von Preuß und Hacker mit den eventuellen weiteren Verhandlungen, die unter Wahrung der Kasseler Beschlüsse zu erfolgen haben, betraut. Den Kreisen wird der Abschluß von Sonderverträgen mit den Organisationen der Sportverbände gestattet, jedoch sind die Verträge dem Vorstand zur Genehmigung vorzulegen. Der zwischen dem Kreis 1 der DT. und dem Baltischen Rasen- und Wintersportverband geschlossene Vertrag wurde genehmigt und dieser Abschluß als geeignete Grundlage für die Zusammenarbeit mit den Sportverbänden bezeichnet. Der geforderte Austritt der Turnsportabteilung aus den Sportverbänden wurde fallen gelassen, jedoch sollen alle Turner bei Wettkämpfen innerhalb der Sportverbände sich als deutsche Turner bezeichnen und stets das Abzeichen der DT. tragen. Wo in einem Kreis der Abschluß von Sonderverträgen mit den Sportverbänden unmöglich ist, ist unverzüglich der Betrieb des Schwimmens und Fußballspielens einzurichten. Im Hinblick auf die Meisterschaftseinrichtungen bewahrt sich die DT. vollständige Selbständigkeit und Freiheit. — Mehr interne und Organisationsfragen standen dann zur Aussprache. Einige Stunden mußte verhandelt werden, ehe es gelang, der Finanznot der Deutschen Turnerschaft durch Bewilligung einer Nachsteuer von 1,50 Mark auf das Jahr 1922 und einer weiteren Kopfsteuer von 4,50 Mark auf das Jahr 1923 zu steuern. Die Beschlußfassung über einen Antrag des Männerturnvereins Leipzig-Lindenau, der das Goetzhaus in Leipzig-Lindenau, das der Deutschen Turnerschaft gehört, kaufen will, wurde abermals vertagt. Aus der Goetzstiftung konnten 15 Vereine unterstützt werden.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Heute unwiderruflich letzter Tag: Der gewaltige Ufa-Film **Die Abenteuerin von Monte Carlo I. Teil.**
Dienstag bis Donnerstag
Nur 3 Tage! **Die Abenteuerin von Monte Carlo** Nur 3 Tage!
2. Teil: „Marokkanische Nächte".
Dieser Teil zeigt Originalaufnahmen von Barcelona, Algeciras, Ceuta, Tetuan, El Araisch, Ksar el Kabir, dem marokkanischen Riff, vom Atlas und der afrikanischen Wüste. — Vorführungen 7 und 9 Uhr. — Einlaß ½7 Uhr.
Voranzeige! Ab Freitag: **Lotte Neumann** in ihrem Filmwerk **Das Spiel mit dem Weibe.**
Um gütigen Zuspruch bittet die Besitzerin Anna Zach.

Kammerlichtspiele
Hauptstraße

Achtung! Ab heute bis Donnerstag: Achtung!
Das beste Filmwerk aller Zeiten!
Dr. Mabuse der Spieler
Nach dem bek. Roman von Norbert Jacques aus der Berl. Illustr. Zeitung. Bearbeitet von Thea v. Harbou, in Szene gesetzt von dem genialen Meisterregisseur Fritz Lang.
1. Teil **Der große Spieler** 10 Akte.
Ein Bild der Zeit von heute.
Ein Spiel m. Menschen — m. Menschenschicksalen.
Die Presse schreibt:
Die Beschauer dieses Filmwerkes verlassen das Theater, um etwas Sinnreiches, etwas Großes und etwas Gewaltiges gesehen zu haben.
Verstärkte Hauskapelle!
Ia Künstlerkapelle, bestehend aus Klavier, Geige, Cello, Geige. Leitung: Musikdir. Cleber, Oschatz.
Da der Film eine Länge von ca. 3600 m hat und ca. 3 Stunden läuft, wird um rechtzeitiges Kommen gebeten.
Beginn der Vorführungen 6 und 9 Uhr. Kassenschluß 9½ Uhr.
Um recht regen Besuch bittet
der Besitzer **R. Mareck.**

Auf vielfachen Wunsch soll in **Riesa** noch ein
5. Steueraufklärungskursus für Handwerker, Geschäftsleute und Gewerbetreibende
abgehalten werden. Der Kursus beginnt am **Montag,** den **7. August,** abends 8 Uhr, im **Restaurant Elbterrasse, Riesa.**
Sächs. Rev.- und Treuhandgesellschaft.

Vereinsnachrichten

R. D. V. Heute abend 8 Uhr Gambrinus.
Spielvereinig. R.-Gr. Dienstag Spielaussch. u. Vorstandssitzung. Mittwoch Training. Donnerstag Jugendzusammenkunft. Freitag Spielerzusammenkunft. Vollzählig erscheinen. Pokalspiele.

Gesichtsausschlag
Pickel, Mitesser, Flechten verschwinden meist sehr schnell, wenn man den Schaum von Zucker's Patent-Medizinal-Seife abends eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen und mit Zuckooh-Creme nachstreichen. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich.

Klemmer
in Etui verl. Abzug. geg. gute Bel. **Wettinerstr. 4,2** oder **Rttgt. Bobersen.**

500 Mark Belohnung
demjenigen, der mir die Leute, die von meinem Felde an der alt. Lausitzer Straße **Kartoffeln stehlen,** so nachweist, daß gerichtl. Bestrafung erfolgen kann.
Hermann Kern,
Elbstraße 2.

Schöne große
Wohnung
Küche, 3 Zimmer m. Zubeh. im Lager Zeithain gegen eine solche in Riesa oder Gröba **z. tauschen gesucht.** Angebote unt. **M X 9262a** an das Tageblatt Riesa.

Alleinsteh. gebild. Herr, 31 J., in Riesa beschäftigt, sucht zum 15. d. M. ein
möbl. Zimmer
bei alleinsteh. Witwe od. Fräul. pass. Alters, evtl. spät. **Heirat.** Ausf. Off. erb. **Franz Egert, Oschatz,** Gartenstraße 12.

Heirat.
23 jährige Gutsbesitzerstochter (2000 Morgen Gut und 5 Millionen in bar) wünscht sich mit ehrl. Herrn, auch ohne Vermögen, zu verheiraten durch **Frau Sander, Berlin C 25.**

Witwe
45 Jahr, sucht Stellung zur Führung eines frauenlosen Haushalts. Arbeiterstand. Offert. u. **O X 9264** an das Tageblatt Riesa.

Brauchst Farbe Du für Dein Logis
Geh in die Anker-Drogerie!

Verbot.
Das Betreten der Felder, Wiesen, Wälder in der **Flur Prausitz** ist verboten. Aehrenlesen ist nur auf abgeernteten Feldern von 7—11 Uhr und von 1—5 Uhr gestattet. Eltern sind für ihre Kinder verantwortlich.
Die Flurgenossenschaft.

[illegible] **Herba-Seife** [illegible]
aufgesprungenen rissigen Händen
[illegible]

Zuverlässige Person
zum Zeitungaustragen
für einen Stadtteil **sofort gesucht.** Näheres in der Tageblatt-Geschäftsstelle, Goethestraße 59.

Witwe
33 J., mit 2 schulpfl. Kind., eig. Hausgrundstück, möchte sich gern mit kinderliebendem Herrn bis zu 35 Jhr. glücklich **verheiraten.** Offerten unter **Q X 9266** an das Tageblatt Riesa.

Für mein Pelzwaren-, Hut- und Mützengeschäft suche eine
lernende Verkäuferin.
Otto Margenberg, Hauptstraße 64.

Suche einen kräftigen
jungen Mann
bis zu 20 Jahren, welcher mit Vieh umzugehen versteht. **Paul Richter,** Viehhandlung, **Neugröba.**

Für 1. September suche ich eine einfache
Stütze
od. Wirtschaftsmädchen
m. Kochkenntnissen, welch. etwas von Kleinvieh versteht, doch nicht Bedingung ist. Mit Buch vorzustell. bis 3 Uhr u. von 6 Uhr an. **Frau Heinrich Seurig, Carolastraße 11.**

Bess. Stubenmädchen
auf größ. Gut b. hoh. Lohn u. g. Beh. f. 1. 9. gesucht. Zu meld. **Standfeststr. 3,** 1. r.

Weißnäherin
durchaus geübte, für zugeschnittene Wäsche, Heimarbeit, sofort gesucht. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Ab 1. August d. J. sind für unsere Mitglieder die
Mahl- und Schrotlöhne
wie folgt festgesetzt worden:
Mahlen von Brotgetreide für den Zentner Mk. 60.— bei 5% Schwund,
Schroten für Getreide für den Zentner Mk. 30.— bei 3% Schwund,
Schroten für Mais für den Zentner Mk. 40.— bei 3% Schwund,
Quetschen von Getreide für den Zentner Mk. 20.— bei 2% Schwund.
Müllergenossenschaft Großenhain
e. G. m. b. H.

Infolge der für Futtermittel geforderten Wucherpreise, sowie des anhaltenden weiteren Steigens aller Betriebs- und Geschäftsunkosten, ferner durch eine durch Schiedsspruch des Wirtschaftsministeriums veranlaßte bedeutende Erhöhung der Kutscher- und Arbeiterlöhne sind wir gezwungen,
mit Wirkung vom 1. August 1922 ab einen neuen, den gegenwärtigen Zeitverhältnissen angepaßten Fuhrlohntarif über Mindestpreise in Kraft treten zu lassen und unsere bisherigen Sätze mit einem Zuschlag von 40% zu berechnen.
Wir bitten höflichst, Ihrem Fuhrunternehmer die neuen Preise zu bewilligen, damit dieser in der Lage ist, seinen Betrieb aufrecht erhalten zu können.
Schutzgemeinschaft der Lohnfuhrunternehmer von Riesa und Umgegend.

Roßschlächterei Schützenstr. 19.
Von morgen Dienstag ab Fleischverkauf.
Tel. 273. **Otto Gundermann.**

Achtung.
Neu eröffnet. Bismarckstr. 65. Neu eröffnet. Bismarckstr. 65.
Kaufe
Gold, Silber, Platin
Gegenstände und Bruch
wie Gabeln, Löffel, Ringe, Ketten, Uhren, Armbänder, Brennstifte usw.
Brillanten u. Perlen
sowie
ganze Gebisse und einzelne Zähne.
Ehe Sie Zähne und Gebisse verkaufen, lassen Sie diese bei mir kostenlos abschätzen.
Baark, Riesa, Bismarckstr. 65 Ecke Klötzerstr.
Strengste Diskretion.
Auf Wunsch komme ins Haus.
Kaufe auch von Händlern u. Dentisten.

Schlacht- und verunglückte

Pferde
kauft zu höchst. Tagespr.
Albert Mehlhorn
Pferdeschlächterei Gröba
— Telefon 685. —
Notschlachtungen werd. Tag u. Nacht ausgeführt.

Gebrauchte Bettstelle mit Matratze zu kauf. ges. Offerten unter **R X 9267** an das Tageblatt Riesa.

Kranker sucht guterhalt. **Klappliegestuhl.** Offerten unter **P X 9265** an das Tageblatt Riesa.

Gebr. Piano
zu kaufen gesucht. Angeb. m. Preisangabe u. **K W 9235** an das Tageblatt Riesa.

Jagdgewehr
Fernglas
Selbstladepistole und Schreibmaschine
zu kaufen gesucht.
Angeb. mit Preis an
G. Möller,
Glauchau i. Sa.,
Johannisplatz 5.

Sofort gesucht: ½—1 PS.
Gleichstrom-Motor.
Off. m. Preis u. **N X 9263** an das Tageblatt Riesa.

Sichelleim eingetroff.
Ankerdrogerie.

Altkupfer Altmessing
kauft als Selbstverbrauch.
Franz Müller, Hauptstr. 53
Fernruf 519.

Größere und kleinere
Perserteppiche
aus Privat für Privatwohnung zu kaufen
gesucht.
Offerten unter **D U 634** an das Tageblatt Riesa.

Wäsche jeder Art plättet wie neu **Frau E. Jäger,** Goethestr. 7, 1.

Campherin-Nesseier
eingetr. **Ankerdrogerie.**

Blockhausfirniß
Pfund 40 M., wied. z. hab.
Ankerdrogerie.

Speisekartoffeln
sehr mehlreich, verkauft
H. Kern, Elbstr. 2.
Telefon 337.

Morgen früh
frische Seefische.
Clemens Bürger.

ff. Seefisch
frisch auf Eis.
Ernst Schäfer Nachf.

Ortsgr. Riesa.
Donnerstag, 10. August, abends 8 Uhr, Versammlung in der Elbterrasse. Zahlr. Ersch. erforderl. **Der Vorstand.**

F. R.
Mittwoch abend 8 Uhr **Uebung.** **D. C.**

Gasthof Gröba.
Meißner Marionetten-Theater.
Dir.: Fam. A. Wünsch.
Dienstag abend 8 Uhr (Jug.-Vorst.)
Der Trompeter von Säkkingen.
Schauspiel mit Gesang unter vollständiger Orchesterbegleitung, hochkünstl. Aufführung in hier noch nicht gesehener und gehörter Art.
Zum 1. Mal.
Wegen der enormen Unkosten erhöhte Preise.
Mittwoch abend 8 Uhr
Die Siebenlehner Feuerwehr
ob. **Kasper als Spritzenkommandant.**
Nachmittags 4 Uhr
letzte Kindervorstellung:
Die 7 Raben.
Freitag Abschiedsvorstellung.

Statt Karten.

Beim Heimgange unseres teuren Entschlafenen sind uns so überaus zahlreiche, wohltuende Beweise der Liebe, Ehre und Anhänglichkeit zuteil geworden. Wir sagen allen innigen Dank dafür.

In stiller Trauer
Familie Harz.

Bobersen, August 1922.

Die heutige Nr. umfaßt 6 Seiten.

Frankreichs Retorsionen.

Poincaré macht seine Drohung wahr, und schon zehn Tage vor eventueller Fälligkeit der nächsten Ausgleichszahlung hat er Gegenmaßnahmen in Kraft gesetzt, die zwar Frankreich nichts einbringen, aber Deutschland nicht nur schikanieren, sondern direkt schädigen. Der schlaue Pariser Advokat hat sich wohl gehütet, seine Zwangsmaßnahmen als Repressalien zu bezeichnen, auch er kann nicht feststellen, daß Deutschland ein Unrecht begangen habe. Retorsionen bedeutet Vergeltung von Unfreundlichkeit mit gleichen Unfreundlichkeiten. Im strengen Sinne des Begriffes gehen aber die französischen Maßnahmen darüber hinaus, sie stellen Unrecht und Vertragsverletzung dar bei dem eigenen Anerkenntnis, daß von Deutschlands Seite kein Unrecht vorliegt. Gewalt geht vor Recht, das ist Frankreichs Devise und es kümmert sich nicht einmal darum, daß Deutschland durch seine Willkürmaßnahmen direkt gezwungen ist, den Versailler Vertrag in verschiedenen Punkten nicht ausführen zu können. Die fünf Maßnahmen gelten als vorläufig, aber es ist nicht etwa daran gedacht, daß sie wieder zurückgezogen werden, sobald eine allgemeine Verständigung erfolgt, sondern weitere Maßnahmen werden angedroht, wenn diese nicht genügen, Deutschland zur Kapitulation zu zwingen.

Poincaré geht isoliert vor und er hat sich in der Bezeichnung als Retorsion gewissermaßen eine Rückendeckung gegen seine Alliierten geschaffen. Aber, wie man die Maßnahmen auch bezeichnen mag, es sind Sanktionen, die gerade am Vorabend der Londoner Konferenz nicht als ein gutes Omen angesehen werden können. Zunächst besteht der Druck in der Anweisung an die französischen Ausgleichsämter, jede Anerkennung deutscher Forderungen einzustellen, die aus Schiedssprüchen Deutschland zustehenden Zahlungen werden unterbunden, während Deutschland zahlen muß. Nach dem Friedensvertrag hat Deutschland die Verpflichtung, seine Untertanen für die Liquidationen schadlos zu halten. Die Bekanntgabe des Reinerlöses der Liquidationen wird nunmehr unterlassen, Deutschland steht der Unmöglichkeit gegenüber, seine von französischen Liquidationen betroffenen Untertanen zu entschädigen. Ja selbst das vom Ausgleichsverfahren ganz unabhängige Abkommen über das Eigentum der Deutschen in Elsaß-Lothringen wird in den Kreis der Retorsionen einbezogen. Selbst die Rückgabe der Möbel an die deutschen Eigentümer wird suspendiert und dabei will der „Temps" Deutschland überzeugen, daß Frankreich mit seinen Forderungen Deutschlands Interessen besser entgegenkomme, als England mit seiner Nachsicht. Wir sehen ja klar und deutlich an Poincarés Schikanen, wie gut er es mit Deutschen meint, die er frivol und absichtlich in eine Notlage bringen, beziehungsweise ihre Notlage noch verschärfen will.

So hat sich Poincaré am Vorabend der Londoner Konferenz ein Kompensationsobjekt geschaffen, um ein weiteres Entgegenkommen seiner Verhandlungspartner zu erzwingen. Alles, was andere tun, faßt er als Unfreundlichkeit auf. Mit welchen Mitteln hätte er, wenn es in seiner Macht gelegen hätte, der Balfour-Note begegnet, die ihm so unangenehm in den Ohren haften geblieben ist. Verärgert ist die Pariser Presse auch durch die Veröffentlichung der englischen Moratoriumspläne, die darauf hinausgehen, Deutschland die Zahlungen des laufenden Jahres bedingungslos zu erlassen und für die beiden nächsten Jahre an Bar- und Sachleistungen nur ein Drittel der ursprünglichen Reparationen zu verlangen, was allerdings an bestimmte Sanierungsmaßnahmen geknüpft sein sollte. Da sich die Reparationskommission über diesen Vorschlag nicht verständigen konnte, soll auf der Londoner Konferenz Lloyd George erneut für diesen Plan eintreten, der doch gewiß ein sehr magerer Ersatz ist für das, was die Konferenz bringen müßte, wenn sie ernsthaft der Weltwirtschaftskrise entgegenwirken wollte. Poincaré geht mit gefüllten Koffern von Forderungen und Sanktionsabsichten nach London. Was kann man erwarten, wenn dem Retorsionspolitiker selbst die mäßigen englischen Absichten zu weitgehend sind?

Die Reparationskommission für ein Moratorium.

Suspendierung der deutschen Barzahlungen für den Rest des Jahres 1922.

Aus Paris wird gemeldet: Die Reparationskommission veröffentlicht einen Antrag Sir Bradburys, in dem es heißt: Die Reparationskommission ist der Ansicht, daß es notwendig geworden ist, für den Rest des Jahres 1922 alle von Deutschland zu leistenden Barzahlungen zu suspendieren. Die Kommission empfiehlt also den alliierten Regierungen alle Zahlungen auf Grund des Ausgleichsverfahrens zu suspendieren unter der Bedingung, daß die von der deutschen Regierung für diese Operation angebotene monatliche Summe von 500 000 Pfund Sterling an die Reparationskommission abgeführt wird. Wenn die Alliierten diese Empfehlung annehmen, ist die Reparationskommission bereit, die Zahlungen zu suspendieren, die für das Jahr 1922 von den als Reparation in Bar zu entrichtenden Summen noch zu bezahlen sind. Wegen des dringlichen Charakters der derzeitigen Lage hat es die Kommission für notwendig erachtet, für das neue für 1922 zu gewährende Moratorium neue Bedingungen zu stellen. Es wird infolgedessen in aller Kürze notwendig sein, den Betrag der in den Jahren 1923 und 1924 von Deutschland zu fordernden Zahlungen zu bestimmen. Die ganze Frage der für jenen Zahlungsaufschub zu stellenden Bedingungen, die notwendigerweise strenger sein werden als die des laufenden Moratoriums, wird als Bestandteil dieser Entscheidung mit in Erwägung gezogen werden.

In ihrer Sitzung vom 3. August hat die Reparationskommission mit drei gegen eine Stimme beschlossen, die Beratung dieses Planes bis nach der Londoner Konferenz aufzuschieben.

Einer Meldung des „Temps" aus London zufolge soll der von englischer Seite vertretene Standpunkt in der Moratoriumsfrage folgender sein: Die Reparationszahlungen wären bis Ende 1922 zu stunden, ohne daß dafür Deutschland irgend eine Bedingung gestellt würde. Ueber die 1923 und 1924 zu fordernden Zahlungen hätten sich die Alliierten bereits jetzt zu verständigen. Diese Zahlungen sollen mit Einschluß der Sachlieferungen nicht mehr als den dritten Teil der im Londoner Statut vorgesehenen Annuitäten betragen. Für diese beiden Jahre hätten die Alliierten Deutschland gewisse Bedingungen zu stellen, z. B. die Herstellung des Budgetgleichgewichts. Da es der englischen Regierung nicht möglich gewesen sei, diese Vorschläge von der Reparationskommission prüfen zu lassen, so sei es nach dem Temps wahrscheinlich, daß Lloyd George sie am Montag der Londoner Konferenz unterbreiten werde.

Die Londoner Konferenz.

Die Mitglieder der französischen, der belgischen und der italienischen Delegation zu der Reparationskonferenz sind gestern abend in London eingetroffen und wurden von Lloyd George und Sir Robert Horne begrüßt. Die erste Sitzung der Konferenz soll heute vormittag um 11 Uhr stattfinden. Alle Versuche, eine Unterredung mit Poincaré zu erlangen, sind, wie Reuter meldet, fehlgeschlagen. Schanzer erklärte, Italien habe die beste Absicht, Deutschland zu helfen, könne aber nicht dabei italienische Interessen opfern. Jaspar erklärte, ein Moratorium für die deutschen Reparationszahlungen sei keine Lösung, da Belgien sofortige Reparationen brauche.

Englischer Antrag auf Herabsetzung der Ausgleichszahlungen.

In einer Londoner Meldung des „Temps", deren Quelle nicht erkennbar ist, wird mitgeteilt, die englische Regierung scheine entschlossen zu sein, schon heute vor dem Obersten Rate vorzuschlagen, daß die monatlichen Ausgleichszahlungen Deutschlands von zwei Millionen Pfund Sterling auf 500 000 Pfund herabgesetzt werden. Den letzteren Vorschlag habe die britische Regierung schon in der Reparationskommission unterbreiten lassen. Diese habe aber vor der Londoner Konferenz dazu keine Stellung nehmen können. In der Meldung des Temps heißt es, wenn die britische Regierung bei ihrer Ansicht beharre, bedrohe sie die Interessen der französischen Gläubiger, die der Friedensvertrag gezwungen habe, sich den Ausgleichsämtern von Paris und Straßburg anzuvertrauen und die kein anderes Hilfsmittel hätten, um von ihren deutschen Schuldnern bezahlt zu werden.

Der deutsch-französische Notenwechsel.

Die deutsche Antwortnote.

Die Antwortnote der Reichsregierung auf die Note der französischen Regierung in der Angelegenheit der Ausgleichszahlungen lautet:

Herr Ministerpräsident!

Euerer Exzellenz beehre ich mich, den Empfang der Note vom 1. August 1922 zu bestätigen.

Die Reparationskommission hat auf den Antrag der Deutschen Regierung vom 12. Juli 1922 auf Gewährung eines Moratoriums für die Reparationszahlungen mit Schreiben vom 13. Juli 1922 in Aussicht gestellt, daß sie ihre Entscheidung auf diesen Antrag vor dem 15. August 1922 treffen und mitteilen wird.

Die Königlich Großbritannische Regierung hat auf den Antrag der Deutschen Regierung vom 14. Juli 1922 auf Herabsetzung der monatlichen Ausgleichsraten mit Schreiben vom 26. Juli 1922 geantwortet, daß sie beabsichtigt, diese Frage bald mit den anderen beteiligten Mächten zu erörtern, um der Deutschen Regierung eine Antwort im Namen der Gesamtheit der beteiligten Mächte zugehen zu lassen. Die Königlich Belgische Regierung hat auf den gleichen Antrag geantwortet, daß sie sich auf diesen Antrag zur selben Zeit wie über das Gesuch um ein Moratorium für die Reparationsbarzahlungen äußern werde. Eine Abschrift dieser beiden Noten beehre ich mich zur gefälligen Kenntnis Euerer Exzellenz beizufügen. Die Deutsche Regierung kann danach annehmen, daß bereits vor dem 15. August 1922 eine grundsätzliche Regelung der Frage der Ausgleichszahlungen möglich sein wird.

Sollte diese Annahme, die sich auf das Schreiben der Reparationskommission vom 13. Juli 1922 im Zusammenhang mit den erwähnten beiden Noten gründet, nicht zutreffen, so wird die Deutsche Regierung ihre vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu erfüllen bestrebt sein. Auf die Frage der Heranziehung der privaten Ausgleichsschuldner zu der finanziellen Abdeckung der Ausgleichsverpflichtungen wird die Deutsche Regierung in ihrer Aeußerung zu der Sache selbst, die sie sich in ihrer Note vom 1. August 1922 vorbehalten hat, besonders eingehen. Schon jetzt sei bemerkt, daß ein dem Reichsrat vorliegender Gesetzentwurf eine Aenderung des Verrechnungssystems vorsieht, nach welcher insbesondere auch die Ausgleichsschuldner stärker als bisher herangezogen werden sollen.

Euere Exzellenz bezeichnen die in Ihrer Note vom 26. Juli 1922 angekündigten Maßnahmen nunmehr als „Retorsionsmaßnahmen". Nach dem Abkommen vom 10. Juni 1921 ist die einzige Rechtsfolge der Nichterfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen die, daß die beteiligten alliierten Mächte dieses fristlos kündigen können. Die Kündigung hätte die Wirkung, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles über die Zahlung der jeweiligen Debetsalden wieder Anwendung finden würden. Als Sicherung für den Fall der Nichtzahlung gibt der Vertrag von Versailles den alliierten Mächten lediglich ein Pfandrecht an den Erlösen aus der Liquidation des deutschen Eigentums. Dem Sinn und Zweck dieser gerade für den Fall der Nichterfüllung vorgesehenen Bestimmungen würde die Anwendung der für den 5. August 1922 angekündigten Retorsionsmaßnahmen widersprechen, zumal für eine Zahlung, die überhaupt erst am 15. August fällig ist.

Seit Euerer Exzellenz Note vom 26. Juli 1922 hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands weiter außerordentlich verschlechtert; die Mark ist inzwischen bis auf ein Zweihundertstel ihres Friedenswertes gesunken und die Leistungsfähigkeit Deutschlands dementsprechend weiter zurückgegangen. Unter diesen Umständen gibt die Deutsche Regierung eindringlichst der Erwägung der Französischen Regierung anheim, die Angelegenheit einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen und ihre Entscheidung bis zu den in der anliegenden englischen und belgischen Note erwähnten Verhandlungen der beteiligten alliierten Mächte zurückzustellen.

gez. Wirth.

Die Maßnahmen Frankreichs.

Havas veröffentlichte am Sonnabend folgendes Communiqué der französischen Regierung:

Da die deutsche Regierung heute nur eine dilatorische Antwort erteilt hat, hat die französische Regierung folgende zur Sicherstellung ihrer Ansprüche bestimmten Beschlüsse gefaßt:

1. Die Ausgleichsämter von Paris und Straßburg werden aufgefordert, bis auf weiteres jede Anerkennung deutscher Forderungen aufzuschieben.

2. Die Ausgleichsämter erhalten Anweisung, für Rechnung der deutschen Regierung aus dem Erlös der Liquidationen der deutschen Güter in Frankreich die durch die Urteile des gemischten Schiedsgerichts gewährten Entschädigungen bis auf weiteres nicht zu bezahlen. Die Wirkungen des französisch-deutschen Abkommens von August-September 1921, auf Grund dessen die von den Ausgleichsämtern Paris und Straßburg gewährten Zahlungen erfolgten, werden bis auf weiteres suspendiert, und die deutsche Regierung wird die Urteile, die zu ihren Ungunsten ausgefallen sind oder ausfallen werden, aus eigenen Mitteln ausführen müssen.

3. Die Ausgleichsämter Paris und Straßburg sind angewiesen worden, jede Notifikation des Reinerlöses aus Liquidationen deutscher Güter in Frankreich einzustellen. Diese Maßnahme wird die Entschädigung von Deutschen mit in Frankreich liquidiertem Besitz praktisch unmöglich machen und Deutschland verhindern, Guthaben im Interesse dieser Kategorie seiner Staatsangehörigen zu verwenden.

4. Die im Gang befindliche Ausführung des in Baden-Baden geschlossenen Abkommens über die Wiedererstattung von Mobiliar, das von deutschen Eigentümern in Elsaß und Lothringen zurückgelassen worden ist, wird suspendiert.

5. Falls diese verschiedenen Maßnahmen zur prompten Regelung der Frage nicht ausreichen sollten, werden sie durch weitere progressive Bestimmungen ergänzt werden.

Erläuterungen zu den angeordneten Maßnahmen.

Zu den angeordneten Maßnahmen Frankreichs in der Frage der Ausgleichszahlungen veröffentlicht der „Temps" Erläuterungen, aus denen hervorzuheben ist: Der Artikel 297 i des Friedensvertrages schreibt vor, daß die deutsche Regierung verpflichtet ist, die Auslandsdeutschen für die Beschlagnahmungen zu entschädigen. Deutschland verfehlt nicht, sagt das Blatt, diese Bestimmung auszuführen, um seinen Staatsangehörigen den Gegenwert ihres liquidierten Besitzes zu ersetzen. Hierzu finde es das Geld, während es für die Alliierten keins habe. Habe man, fragt der „Temps", in der Reparationskommission daran gedacht, Deutschland ein Moratorium aufzuzwingen, für diese Art von Ausgaben, die beträchtliche Ziffern erreicht haben? Was Frankreich betreffe, so werde es seinen Zweck auf alle Fälle erreichen, da ja den deutschen Ausgleichsämtern nicht mehr der Erlös aus der Liquidation des Besitzes seiner Staatsangehörigen notifiziert wird. Mangels dieser Mitteilungen werde die deutsche Regierung ihren Staatsangehörigen mit in Frankreich liquidiertem Besitz dessen Gegenwert bis auf weiteres nicht mehr auszahlen können. Die französische Haltung unterscheide sich von derjenigen Belgiens dadurch, daß dieses die unter Sequester stehenden deutschen Güter zu verkaufen versucht habe. Sie unterscheide sich auch von derjenigen Italiens, das sich mit Deutschland über ein ähnliches Verfahren zu verständigen gedenke. Der „Temps" fragt: was wird die Reparationskommission sagen, wenn diese Abmachungen, die ja deutsche Zahlungen nach sich ziehen, sich verwirklichen?

(Anmerkung des W. T. B.: Der „Temps" verkehrt den von ihm angeführten Artikel 297 i des Versailler Vertrags dem Sinne und dem Wortlaut nach, indem er aus einer Verpflichtung, wie sie für die deutsche Regierung tatsächlich besteht, eine bloße Ermächtigung zur Entschädigung ihrer Staatsangehörigen macht.)

Der Wortlaut der französischen Antwort.

Die Antwort der französischen Regierung auf die am Sonnabend überreichte deutsche Note wegen des Ausgleichsverfahrens ist inzwischen im Wortlaut hier eingegangen. Sie weicht in Einzelheiten von dem bereits durch Havas veröffentlichten Text ab und lautet:

In Beantwortung Ihres Schreibens von heute beehre ich mich Ihnen bekanntzugeben, daß in Anbetracht dessen, daß die Mitteilung der Deutschen Regierung nur einen dilatorischen Charakter hat, die Regierung der Republik folgende Beschlüsse zur Sicherstellung ihrer Ansprüche gefaßt hat:

1. Die Ausgleichsämter von Paris und Straßburg werden aufgefordert, bis auf weiteres jede Anerkennung deutscher Forderungen aufzuschieben.

2. Die Ausgleichsämter von Paris und Straßburg werden aufgefordert, bis auf weiteres jede Zahlung von Entschädigungen für Rechnung der Deutschen Regierung auszusetzen, die in Anwendung des Artikels 297e des Vertrages von Versailles geschuldet werden. Die Zahlung dieser Entschädigungen bleibt bis auf weiteres eine direkte Verpflichtung Deutschlands und diese Entschädigungen können im voraus gemäß dem genannten Absatz e des Artikels 297 dem Eigentum der deutschen Staatsangehörigen entnommen werden, das auf französischem Gebiet vorhanden ist oder sich unter französischer Kontrolle befindet.

3. Die Ausgleichsämter von Paris und Straßburg werden aufgefordert, bis auf weiteres jede Mitteilung an das deutsche Ausgleichsamt über den Erlös aus Liquidationen deutschen Eigentums in Frankreich auszusetzen.

4. Der Generalkommissar der Republik in Straßburg wird aufgefordert, bis auf weiteres die Ausfuhr des unter das französisch-deutsche Abkommen vom 15. November 1919 fallenden deutschen Mobiliars auszusetzen.

5. In den Departements Moselle, Haut-Rhin und Bas-Rhin werden sofort Maßnahmen zwecks Sicherstellung ergriffen.

Falls die verschiedenen Maßnahmen zur prompten Regelung der Frage nicht ausreichen, werden sie durch weitere progressive Maßnahmen ergänzt werden.

Die erste Ausweisungsmaßnahme.

Wie dem „Oeuvre" aus Straßburg mitgeteilt wird, ist Sonnabend abend die erste Ausweisungsmaßnahme gegen deutsche Staatsangehörige als Vergeltungsmaßregel angeordnet worden. Sechs Deutsche, die zugunsten der Politik von Klaus Zorn von Bulach in einer öffentlichen Versammlung Kundgebungen veranstaltet haben sollen, sind ausgewiesen worden. Der Berichterstatter des Blattes bemerkt hierzu, es scheine, daß die öffentliche Meinung in ihrer Mehrheit den gegenüber deutschen neutralistischen Agitatoren ergriffenen Maßnahmen günstig gesinnt sei.

Der „Temps" meldet aus Straßburg, daß der elsässische Abgeordnete Frey Poincaré in einem Brief auf die Nachteile gewisser Zwangsmaßnahmen und deren Wirkung in Elsaß-Lothringen hingewiesen habe. Der Brief sei von den beiden elsässischen Abgeordneten Walter und Müller gegengezeichnet.

Zu der in dem amtlichen Communiqué angekündigten Suspendierung des in Baden-Baden geschlossenen Abkommens über die Zurückerstattung von Mobiliar, das von deutschen Eigentümern in Elsaß-Lothringen zurückgelassen worden ist, bemerkt der „Temps", daß diese Maßnahme bezwecke, es den Deutschen in Elsaß-Lothringen unmöglich zu machen, der Durchführung späterer Maßnahmen durch Vermögenshinterziehung zuvorzukommen.

Das Pressebüro des Oberkommissars von Elsaß-Lothringen hat dem „Matin" zufolge gestern abend mitgeteilt, daß nach der Entscheidung vom 5. August die Banken und Finanzinstitute jeder Art in Elsaß-Lothringen nicht mehr berechtigt sind, Personen deutscher Staatsangehörigkeit Wertpapiere und Gelder, die in den Banken oder Kreditanstalten niedergelegt sind, oder deren Zinsen auszuhändigen, gleichviel zu welchem Zeitpunkt die Niederlegung erfolgt sei. Die Banken und Finanzinstitute von Elsaß-Lothringen werden als Sequester der besagten Konten und Depots angesehen.

Die Haltung der französischen Presse.

Zu den von der französischen Regierung angeordneten

Sekortionsmaßnahmen äußert sich die gesamte französische Presse noch nicht. Soweit Aeußerungen vorliegen, sind sie gemäßigt gehalten und betonen vor allem den milden (?) Charakter der Maßnahmen.

Die bayerische Frage.

Geßler und Fehr verhandeln in München.

Die Münchener Korrespondenz Hoffmann meldet: Nach Eingang des bayrischen Antwortschreibens hat der **Reichspräsident** im Benehmen mit dem Reichskanzler an die **bayrische Regierung** durch Vermittlung des Gesandten von Preger eine mündliche Einladung zur Aufnahme von Verhandlungen ergehen lassen. Der bayrische Ministerpräsident hat daraufhin angeregt, zunächst eine **Besprechung in München** über die schwebenden Fragen und die Richtpunkte für solche Verhandlungen mit Vertretern der Reichsregierung zu veranstalten, und die Reichsregierung hat die Reichsminister **Geßler und Fehr**, die sich beide augenblicklich in Bayern befinden, veranlaßt, sich nach München zu begeben. Am Sonnabend vormittag hat mit beiden Reichsministern unter Vorsitz des Ministerpräsidenten und unter Teilnahme des Landtagspräsidenten, der beiden zuständigen Ressortminister, des Gesandten von Preger und einzelner Vertrauensleute der Koalitionsparteien eine eingehende Besprechung stattgefunden, über deren Ergebnis die Reichsminister nach Berlin berichten werden. Es ist zu erwarten, daß sich eine Kommission der bayrischen Regierung in den nächsten Tagen nach Berlin begeben wird, um die Verhandlungen weiterzuführen.

Eine Entschließung der Sozialdemokraten Münchens.

Unter der Ueberschrift „Bereitschaft der Partei" veröffentlicht die „Münchner Post" folgende Entschließung, die in einer **Versammlung der Funktionäre der sozialdemokratischen Partei** in München einstimmig gefaßt wurde: Angesichts der Bedrohung der deutschen Wirtschaft und der Souveränität des deutschen Volkes durch den französischen Imperialismus verurteilt die Versammlung ganz besonders aufs schärfste die Unterhöhlung der Reichseinheit durch die kurzsichtige, verantwortungslose Haltung der bayrischen Regierung. Die Sozialdemokraten Münchens warnen die bayrische Regierung und die Landtagsmehrheit in letzter Stunde, ihre gegen die Reichsverfassung gerichtete Politik fortzusetzen. Bei allen Maßnahmen, die die Reichsregierung zum Schutze der Reichseinheit für notwendig hält, werden sie geschlossen hinter den Leitern der deutschen Republik stehen. Jeder einzelne wird seine ganze Person für die Erhaltung der demokratischen deutschen Republik einsetzen.

Dank der Deutschen Volkspartei in Bayern an Stresemann.

Wie der „Lokalanzeiger" aus **München** berichtet, hat der Reichstagsabgeordnete Dr. **Stresemann** auf einem Vertretertag der **Deutschen Volkspartei** des Reichstagswahlkreises **Oberbayern-Schwaben** Bericht erstattet über die Vorgänge bei den **Reichsschutzgesetzverhandlungen.** Im Gegensatz zu der bisherigen Haltung des Landesvorstandes sprach der Vertretertag Dr. Stresemann seinen Dank und das volle Vertrauen für die staatsmännische Leitung der Partei und für die erfolgreiche Vertretung der bayerischen Belange bei der Verhandlung der Reichsschutzgesetze aus. Die Bildung der Arbeitsgemeinschaft der Mitte im Reichstag wurde als Voraussetzung der Besserung der parlamentarischen und politischen Verhältnisse begrüßt. Nach eingehender Aussprache nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der die Einmütigkeit der Reichsregierung und der deutschen Parteien für die Zurückweisung der französischen Drohungen begrüßt wurde und der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß das deutsche Volk einmütig und unbeugsam bleiben werde zur Verteidigung seines unveräußerlichen Rechtes auf Fortbestand eines selbständigen Staates.

Bezirksausschuß-Sitzung.

Am Freitag, den 4. August 1922, vormittags 9 Uhr

fand im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft Großenhain Sitzung des Bezirksausschusses statt.

Von Mitteilungen, die der Herr Amtshauptmann zum Vortrag brachte, wurde Kenntnis genommen; — als Mitglieder des Bezirksausschusses für das Ausscheiden Ende 1922 wurden ausgelost die Herren Schmiedemeister Teichert und Gutsbesitzer Preßchel; — die Verpachtung der Obstnutzung der Bezirksstraße **Riesa—Röderau** wurde nachträglich genehmigt (Pächter ist Illgner-Gröba); — zur Verordnung des Ministeriums des Innern vom 19. Juni 1922, **Schülerheime** für unbemittelte Schüler höherer Lehranstalten betr., wurde beschlossen, zunächst von der Einrichtung einer Freistelle abzusehen, der Angelegenheit jedoch bei Aufstellung des nächsten Haushaltplanes erneut näherzutreten; — die Uebernahme der Kosten der **Pilzberatungsstellen** mit 215 M. wurde nachträglich für Lehrer Reuter bewilligt, wegen der **Beratungsstelle Großenhain** soll es beim Alten bleiben; — einverstanden erklärte sich der Bezirksausschuß mit Erlaß einer Bekanntmachung, **Belastung** der auf Kommunalverbandswegen verkehrenden **Fuhrwerke**, unter Aufhebung der alten Bekanntmachung vom 13. 8. 1886; — einverstanden war der Bezirksausschuß weiter mit **Aenderung der Jagdpachtsteuerordnung** (Zusatz zu § 1: „soweit sie nicht nachweisbar die Jagd gewerbemäßig ausüben").

Zu den nächsten Beratungsgegenständen war Herr Regierungsrat Glaser Berichterstatter. Von den Maßnahmen zur **Mehl- und Brotversorgung** im Erntejahr 1922/23 wurde Kenntnis genommen, im übrigen soll der vorhandene Mehlüberschuß in Form einer Umlage von je 1 Pfund auf die Bevölkerung verteilt werden. Die Wahl eines **Ausschusses** zur Verteilung der **Getreideumlage** 1922/23 gemäß § 4 Abs. 2 des Reichsgesetzes vom 4. Juli 1922 wurde nachträglich genehmigt. Von der Festsetzung der **Mehl- und Brotpreise** ab 17. Juli 1922 wurde Kenntnis genommen. Die Gestaltung des Brotpreises ab 14. August wird dem Ernährungsausschuß übertragen. Zur Wahl eines Ausschusses zur Entscheidung über **Beschwerden** gegen die Höhe der Getreideumlage im Wirtschaftsjahr 1922/23 erklärte sich der Bezirksausschuß einverstanden mit den Vorschlägen des Referenten.

Herr Assessor Müller war Referent zu den nächstfolgenden Beratungsgegenständen: Zwecks Erteilung von **Anerkennungs-Urkunden** für vorzügliche Zuchtwerte der Bullen seitens des Bezirksverbandes wird die Amtshauptmannschaft beauftragt, nach vorheriger Rücksprache mit dem land- und forstwirtschaftlichen Bezirksverband 100 Anerkennungs-Urkunden anzuschaffen. **Leutschner-Lichtensee**, Bier- und Branntweinschank im Grundstück Ortsl.-Nr. 18 für Lichtensee — die Uebertragung wird genehmigt. Die **Einbezirkung von Flurstücken** der Rittergüter Tauscha und Sacka in das Laußnitzer Staatsforstrevier soll der Kreishauptmannschaft befürwortend vorgelegt werden.

Herr Regierungs-Amtmann Knoth berichtete über folgende Gegenstände: Dem **Gebührenverzeichnis** des Bezirksverbandes Großenhain wird vorbehaltlich der Genehmigung der Bezirks-Versammlung zugestimmt. Die Anschaffung eines **Rolltisches** für die Waschküche des Bezirksfiechenhauses findet Genehmigung. Der **Nachtrag zum Ortsstatut** der Gemeinde Dobra, Vereinigung des Rittergutes Zschorna mit der Gemeinde Dobra, und ein Nachtrag zum Ortsgesetz der Gemeinde Dobra, Gemeindevertreterwahlen betr., finden Genehmigung. Die **Vereinigung des Rittergutes Kleinnaundorf** mit der Gemeinde Kleinnaundorf, Nachtrag zu § 8 des Einverleibungsvertrages, findet Genehmigung soweit Uebernahme bleibender Verbindlichkeiten in Frage kommt, im übrigen keine Bedenken. Ebenso findet die Vereinigung **des Allodialgutes Blochwitz** mit der Gemeinde Blochwitz Genehmigung soweit Uebernahme bleibender Verbindlichkeiten in Frage kommt, im übrigen keine Bedenken. Auch ein **Nachtrag zum Ortsstatut** der Gemeinde **Pochra**, Vereinigung des Gutsbezirks Pochra mit der Gemeinde Pochra, findet Genehmigung.

Herr Amtshauptmann Kühn berichtet zu folgenden Vorlagen, die sämtlich vom Bezirksausschuß genehmigt wurden: **Nachtrag zum Ortsgesetz** der Gemeinde **Pochra**, Wahl von Gemeindevertretern betr., desgleichen Nachtrag zum Ortsgesetz der Gemeinde Promnitz, Wahl von Gemeindevertretern betr., desgleichen **Nachtrag zum Ortsstatut** der Gemeinde **Promnitz**, Vereinigung des Rittergutes mit der Gemeinde betr. Ferner **Vereinigung** des Rittergutes **Naunhof** mit der Gemeinde Naunhof betr.; Vereinigung des Rittergutes **Grödel** mit der Gemeinde Grödel. Zum Nachtrag zum **Freibankstatut** der Gemeinde **Gröba** war Herr Assessor Müller Berichterstatter. Der Nachtrag findet Genehmigung, im übrigen wird die Amtshauptmannschaft ermächtigt, ähnliche Nachträge selbst zu genehmigen. Genehmigt werden weiter der Nachtrag zum **Freibankstatut** der Gemeinde **Nünchritz**, ein Nachtrag zum Ortsstatut über die Errichtung einer **Freibank** in der Gemeinde Böhla b. O.

Nach Berichterstattung durch den Herrn Amtshauptmann findet der XI. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für **Gröba**, Hundesteuer betr., Genehmigung, im übrigen wird dem Gemeinderat Aenderung des § 27 Abs. 2 und der §§ 28 und 31 anheimgegeben. Genehmigt wird der VII. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für **Grödit**, Hundesteuer betr. Zu den **Ergänzungswahlen** zu den Grundsteuerausschüssen erklärt sich der Bezirksausschuß einverstanden mit den Vorschlägen des Referenten Herrn Reg.-Rat Glaser. Als **Beihilfe** zu den Kosten der Berichtigung der Großen Röder in Flur Niederebersbach werden 50000 M. vorschußweise zur Verfügung gestellt. Hinsichtlich Prüfung der Rechnung über die Verwaltung des Bezirksvermögens des Bezirksverbandes Großenhain und über den Generalaufwand bei der Verwaltung des Bezirksfiechenhauses auf das Rechnungsjahr 1919/20 soll der Bezirksversammlung auf Vorschlag des Referenten, Herrn Betriebsleiter Venter, die Richtigsprechung der Rechnungen vorgeschlagen werden. Der Beitritt der Gemeinde **Gröba** zum Kassenprüfungsverband „Elbtal" findet Genehmigung. Die Satzung des Kassenprüfungsverbandes „Elbtal" soll der Kreishauptmannschaft vorgelegt werden. Von den Maßnahmen der Amtshauptmannschaft für Krankentransporte bei Unfällen wird Kenntnis genommen. Der Bezirksausschuß erklärt sich einstimmig einverstanden mit Bestellung der Volkszeitung für Meißen, Großenhain usw., als Organ für die amtlichen Bekanntmachungen für die Amtshauptmannschaft Großenhain und mit Aenderung der mit den bereits bestehenden Amtsblättern abgeschlossenen Verträge. Kenntnis genommen wird von den Ausführungen des Herrn Amtshauptmanns über Landespolizeistationen im Bezirke und Flurschutz.

Genehmigt wird das Gesuch **Senf-Grödit** zum Kantinenschank bei der Firma Kämper jun. in Grödit — neu — für die Zeit des Baues zum Ausschank von Bier und alkoholfreien Getränken. Ausschank von Spirituosen wird versagt. Berichterstatter: Gemeindevorstand Haferkorn. Die Abtrennung von Blatt 10 des Grundbuchs für **Gröba** wird genehmigt. Berichterstatter: Rechtsanwalt Mannschatz. Von Mitteilungen, Kadaververwertung betr., wird Kenntnis genommen. Der Nachtrag zum Ortsstatut der Gemeinde **Streumen**, Vereinigung des Vorwerks mit der Gemeinde, erhält Genehmigung. Die Bewilligung eines Verw.-Kostenbeitrags für ein dem Bezirksverband gewährtes Darlehen seiten der Kreditanstalt sächs. Gemeinden erfolgt nach Berichterstattung durch Reg.-Amtmann Knoth. Im übrigen soll mit dem Landesfinanzamt wegen Uebernahme des Verw.-Kostenbeitrages in Verbindung getreten werden. Der Neuregelung der **Kehrlöhne** der Bezirksschornsteinfegermeister wird derart zugestimmt, daß die Erhöhung auf 600 Prozent unter der Bedingung bewilligt wird, daß den Gehilfen auch tarifmäßige Löhne gezahlt werden. — Das Ortsgesetz der Gemeinde **Gostewitz**, Wahlen von Gemeindevertretern betr., findet Genehmigung. — Vergütung für den **Milchrevisor** (Berichterstatter: Ass. Müller). Dem Milchrevisor sollen 80 Mk. pro Stunde, die baren Auslagen und bei Radfahrten 0,75 Mk. pro Kilometer gewährt werden, im übrigen sollen noch weitere Revisoren gewonnen werden.

An die Durchberatung der Tagesordnung schloß sich noch eine längere Aussprache über die kommende Kartoffelversorgung der Bevölkerung.

Vermischtes.

Das Ende eines Schiebers. Zu einem Feuergefecht kam es zwischen einem Betrüger und Berliner Kriminalbeamten. In einem Hause der Stübbenstraße wohnte unter falschem Namen ein 28 Jahre alter Geschäftsreisender namens Karl Kurze, der, von mehreren Staatsanwaltschaften gesucht, festgenommen werden sollte. Als er sich mit dem Revolver widersetzte, wurde er von den Beamten durch zwei Schüsse niedergestreckt. Kurze war ein großer Schieber, der durch allerlei dunkle Geschäfte viel Geld erworben hat. Er besaß soviel Kapital, daß er selbst die größten Schiebungen unternehmen konnte. Dabei wechselte er ständig seinen Namen. Er brachte es bald soweit, daß er sich in der Stübbenstraße eine sehr elegante Wohnung einrichten und selbst zwei Personenautos mit zwei eigenen Chauffeuren halten konnte. In den Lokalen der Friedrichstraße war er als Lebemann bekannt und gern gesehen, weil bei ihm das Geld keine Rolle spielte. Als die Kriminalpolizei seinen Aufenthalt ermittelt hatte, und in die Wohnung eindringen wollte, zog sich Kurze hinter einen Spind zurück und empfing die Beamten mit Pistolenschüssen. Die Polizei fand in der Wohnung allerlei bemerkenswerte Schriftstücke und Aufzeichnungen, die über sein Treiben Aufschluß geben, auch Brillantringe, Pelze und andere Wertsachen, die Kurze sich auf betrügerische Weise verschafft hatte. Auch eine Dollarmaschine wurde gefunden, ein Apparat, mit dem der Schwindler Geldleuten Tausenddollarnoten herzustellen versprach.

Schreckenstage auf einem Felsvorsprung. Ein sehr gefahrvolles Erlebnis, das nur wie durch ein Wunder glatt verlaufen ist, hat in Innsbruck eine in den Ferien weilende Berliner Lehrerin gehabt. Am Nachmittag des 30. Juli entfernte sich die Lehrerin, ein Fräulein Charlotte Boettcher, mit dem Bemerken, sie wolle im Walde Beeren suchen gehen und später vielleicht baden. Als sie am anderen Morgen noch nicht zurückgekehrt war, stieg bei ihren Wirtsleuten die Vermutung auf, daß sie einem Unfall oder gar einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei. Nach dreitägigem, ergebnislosem Suchen, nachdem schon jede Hoffnung aufgegeben war, Fräulein Boettcher noch lebend aufzufinden, gelang es einer noch auf der Suche befindlichen Streife, die Vermißte in den Bergen am Achensee aufzufinden. Sie hatte sich drei Tage hindurch in einer sehr gefahrvollen Lage an einem schmalen Felsvorsprung festgeklammert, ohne Nahrung und den Unbilden der Witterung ausgesetzt. Die Bergung gestaltete sich äußerst schwierig und die Retter selbst mußten noch eine vierte Nacht im Sturm und Regen bei der Verstiegenen ausharren, bis genügend Seilmaterial zum Abseilen über die 300 Meter hohe Wand zur Stelle war. Es ist schwer verständlich, wie sich Fräulein Boettcher überhaupt zu dieser so gefahrvollen Stelle, genannt die „Teufelskanzel", versteigen konnte. Sie war nach diesen vier Nächten allerdings sehr erschöpft, aber ohne jede Verletzung.

Getäuschte Hoffnungen.

Roman von Ewald Aug. König. 7

„Wir wollen sehen," unterbrach Mintrop ihn mit einer wohlwollenden Handbewegung, „darüber können wir erst dann reden, wenn ich das Geld habe. Vielleicht muß ich den Baron zwingen und dabei die Hilfe eines guten Freundes in Anspruch nehmen; wie gesagt, wir wollen sehen, was sich machen läßt. Ich habe seit zwei Jahren nichts mehr von ihm gehört, weiß nicht, wie die Verhältnisse inzwischen sich gestalteten, vielleicht hat er das Ziel schon erreicht, zu dem ich ihm die Wege bahnen mußte, vielleicht ist der andere nicht mehr unter den Lebenden, über das alles muß ich mir sichere Auskunft verschaffen, bevor ich meinen Plan entwerfen kann. So lange dürft Ihr natürlich nicht warten, könnt Ihr Arbeit bekommen, so nehmt sie an, Hoffnungen sind keine Münze, für die man Brot kaufen kann."

„Das weiß ich längst," seufzte Wernik, „mit Hoffnungen kann ich mein Weib nicht gesund und meine Kinder nicht satt machen."

Bogumil Mintrop hatte seine Börse aus der Tasche geholt, er schüttelte ihren Inhalt auf den Tisch und teilte das Geld in zwei gleiche Hälften, von denen er eine dem Zimmermann hinschob.

„Es ist nicht viel," sagte er, „indessen über die erste Woche wird es Euch hinüberhelfen, und bis dahin habt Ihr vielleicht Arbeit gefunden. Nehmt es nur an, ich habe keine Kinder zu ernähren und schlage mich schon durch."

Wernik blickte starr auf das Geld, das krampfhafte Zucken seiner Lippen bekundete die tiefe innere Erregung.

„Sie haben's selbst nötig," erwiderte er mit zitternder Stimme.

„Nicht so wie Ihr! — Macht mich nicht böse, Wernik, wir haben uns im Unglück kennen gelernt, nun müssen wir auch zusammenhalten! Männer können sich immer helfen, aber eine kranke Frau und hungernde Kinder — na, was zaudert Ihr noch? Soll ich das Geld auf die Straße werfen? Oder wollt Ihrs dem Kellner schenken? Mein Eigentum ist es nicht mehr; was ich einmal gesagt habe, nehme ich nicht mehr zurück."

Der Zimmermann atmete tief auf und fuhr mit der Hand über seine feuchten Augen.

„Der liebe Gott lohne es Ihnen," sagte er, während er das Geld einsteckte, „ich gebe es Ihnen zurück, sobald ich wieder verdiene. Ich sehe, es gibt noch gute Menschen, das soll mich ermutigen, lieber Herr, und wenn Sie je einmal einen Dienst wünschen, den ich leisten kann, dann kommen Sie zu mir, Sie werden mich immer bereit finden."

„Das kann möglicherweise schon sehr bald geschehen," entgegnete Mintrop, der jetzt den letzten Rest seiner Zigarre in den Aschenbecher warf und sein Glas austrank. „Wo Ihr wohnt, weiß ich schon, ich komme nächster Tage einmal, um mich nach Euch umzuschauen."

„Ich gehe nun nach Hause," seufzte der Zimmermann, „ich komme ja jetzt nicht mehr mit leeren Händen, und wer weiß, wie groß die Not ist."

Mintrop winkte dem Kellner und berichtigte die Zeche, wobei er ihm den freundschaftlichen Rat gab, den Teufel und seine Großmutter zu einem Kommers einzuladen und sie mit dem Höllengebräu zu bewirten.

„Wie können Sie nur so ausgelassen sein?" sagte Wernik mit einem scheuen Blick auf seinen Begleiter, als sie die Schänke verlassen hatten. „Mir wäre es nicht möglich, ich meine immer, in der nächsten Minute müsse ein Polizist mich am Kragen fassen und in das schreckliche Haus zurückführen!"

Bogumil Mintrop war vor einem alten, niedrigen Hause stehen geblieben.

„Gastwirtschaft zur Traube," las er auf dem Schilde, das über der Haustür hing, dann fiel sein Blick auf die Fenster des Erdgeschosses, auf denen mit großen Buchstaben die Genüsse verzeichnet standen, die hinter ihnen zu finden waren: Billiges Logis — Warme und kalte Speisen — Guter Mittagstisch — Echtes Münchener Bier.

„Das ist mein Fall," sagte er, „hier miete ich mir vorläufig eine Bude; ist der Stoff gut, so bleibe ich, bis ich weiß, wo ich meinen Baron finde. — Mut, alter Freund! Geht nach Hause und laßt den Kopf nicht hängen, es kommt alles, wie es kommen soll, was die Schickung schickt, ertrage! Auf Wiedersehen, Wernik! Hier wohne ich jetzt, kommt nur getrost zu mir, wenn Ihr einen guten Rat oder Freundeshilfe nötig habt, Ihr werdet erfahren, daß ich besser bin, als mein Ruf."

„Tausend Dank!" antwortete der Zimmermann bewegt, den Handdruck seines Schicksalsgenossen erwidernd, „ich werde Ihre Güte niemals vergessen."

Er setzte seinen Weg fort, wagte aber noch immer nicht, das Haupt zu erheben, denn er glaubte, jeder müsse ihm ansehen, daß er aus dem Gefängnis komme.

Und als er nun in das Arbeiterviertel einbog, meinte er, es würde doch besser gewesen sein, wenn er bis zum Abend gewartet hätte; hier kannten ihn ja alle, und viele mußten wissen, daß er heute wieder entlassen wurde.

Aber das Geld brannte in seiner Tasche noch heißer, als die Sonne auf dem alten Filzhut, der sein Haupt bedeckte, er fühlte, daß er keine Ruhe fand, bis er die Not der Seinigen damit gelindert hatte.

Vor dem großen Hause stand ein Leichenwagen, er sah ihn erst, als er in das Haus hineintreten wollte; unwillkürlich prallte er zurück, sein Blick irrte mit angstvollem Ausdruck über die Köpfe der in Lumpen gehüllten Kinder, die den Wagen umringten.

In der nächsten Minute aber hatte er schon seine Fassung wieder gefunden. Es wohnten ja so viele Menschen in diesem Hause, weshalb sollte er gleich das Schlimmste befürchten?

Als er in das Haus hineinging, wurde ein schmaler, schwarzer Sarg an ihm vorbeigetragen, niemand begleitete ihn, nur einige Frauen standen auf der Treppe, die sich augenblicklich zurückzogen, als sie den Zimmermann erkannten, der mit raschen Schritten auf sie zukam. 249,20

Er hörte, wie hinter ihm jemand sagte: „Armer Kerl!" aber es war ihm unklar, ob er darin ein Ausdruck aufrichtiger Teilnahme oder nur eine allgemeine Redensart suchen sollte.

Ein „armer Kerl" war er allerdings, das wußte er selbst, er war es früher schon gewesen, damals hatte niemand sich darum gekümmert, niemand ihm die Hand gedrückt und ihn bemitleidet, was sollte jetzt die Leute dazu veranlassen? Mochte er auch mit seiner Not, mit dem Hunger seiner Kinder den begangenen Diebstahl vor dem eigenen Gewissen entschuldigen, er blieb darum doch der bestrafte Dieb, mit dem ein ehrlicher Mensch nichts mehr zu schaffen haben wollte